



Allgemeine Geschäftsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

KONTEN	4
1. Begriffsbestimmungen.....	4
2. Geltungsbereich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	6
3. Kontoeröffnung	6
A. <i>Dauer des Kontos</i>	6
B. <i>Kontoeröffnungsverfahren</i>	6
C. <i>Nutzung des Service</i>	7
D. <i>Fernabsatzverträge</i>	7
4. Kontoart.....	7
A. <i>Einzelkonto</i>	7
B. <i>Gemeinschaftskonto</i>	7
5. Kontobewegungen	8
6. Identifizierung des Kunden, Zeichnungsberechtigung und Vollmacht	9
A. <i>Identifizierung des Kunden</i>	9
B. <i>Änderungen von Adresse und Zustellungsanschrift</i>	9
C. <i>Unterschriften</i>	10
D. <i>Vollmacht</i>	10
7. Geschäftsgeheimnis	11
8. Interessenkonflikte	11
9. Pflichten des Kunden zur Einhaltung der Steuervorschriften.....	11
10. Benachrichtigungsmittel.....	12
11. Sicherheit zugunsten der Bank, Gesamtpfand	14
12. Einheit des Kontos, Verrechnung und Konnexität der Geschäfte	16
13. Schutz personenbezogener Daten.....	17
14. Debetsalden	17
15. Deckung von Positionen.....	18
16. Ausführungsanzeigen und Kontoauszüge.....	18
17. Vergütung der Einlagen.....	19
18. Finanzinstrumente	19
19. Währungen	20
20. Vergütungen, Steuern und Gebühren	20
21. Überweisungen und Transfers	20
22. Rückbuchungen, Beschwerden und Behebung von Kontofehlern	20
23. Geschäfte mit zur Verwahrung übergebenen Finanzinstrumenten.....	21

24.	Finanzielle Informationen.....	22
DER SERVICE		23
25.	Ausführungspolitik	23
26.	Fehlende Beratung und ohne Kontomanagement.....	27
27.	Anreize	27
28.	Geheimcodes und Keytrade-Tokens.....	27
29.	Erreichbarkeit des Service und technische Störungen.....	27
30.	Tarife	29
VERSCHIEDENES.....		29
31.	Ablehnung von Transaktionen.....	29
32.	Ausführungsmodalitäten der Rückgabepflicht der Bank.....	30
33.	Schutz der Einlagen	30
34.	Reklamationen.....	31
35.	Aufbewahrung von Informationen	31
36.	Tod und Erbe	32
37.	Beweiskraft.....	32
38.	Outsourcing	33
39.	Geistiges Eigentum.....	34
40.	Begrenzung der Haftung der Bank	35
41.	Vorrang der französischen Fassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.....	36
42.	Anzuwendendes Recht und Gerichtsstand.....	36
43.	Verschiedenes.....	37

KONTEN

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank gelten ab dem 1. Februar 2020.

1. **Begriffsbestimmungen**

- „**Artikel**“ bezeichnet einen beliebigen Artikel dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen.
- „**Bank**“ bezeichnet die Keytrade Bank Luxembourg, eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht mit Geschäftssitz in 62, Rue Charles Martel, L - 2134 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen im Handelsregister Luxemburg unter der Nummer B 69935, vom für die Finanzaufsicht CSSF zuständigen Minister genehmigt und der Aufsicht der CSSF unterliegt.
- „**Kunde**“ bezeichnet jede Person, die eine vertragliche Beziehung zu der Bank eingeht.
- „**Allgemeine Geschäftsbedingungen**“ bezeichnet diese allgemeinen Geschäftsbedingungen.
- „**Bedingungen für die Bereitstellung von Lombarkrediten**“ bezeichnet sämtliche Klauseln der Lombarkreditvereinbarung und alle Anhänge oder darin enthaltenen Verweise in der zwischen der Bank und dem Kunden vereinbarten Form.
- „**CSSF**“ bezeichnet die luxemburgische Aufsichtsbehörde für den Finanzsektor („Commission de Surveillance du Secteur Financier“).
- „**MiFID**“ bezeichnet die Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates sowie die Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU.
- „**Formular**“ bezeichnet das Formular, das dem Kunden von der Bank, oder gegebenenfalls ihrem externen Dienstleister, zur Ad-hoc-Kontoeröffnung zur Verfügung gestellt wird. Der Kunde hat (i) das Formular ordnungsgemäß auszufüllen, so dass es richtige und zutreffende Angaben zu allen von der Bank gestellten Fragen enthält, (ii) diesem Formular sämtliche Dokumente beizufügen, die die Bank anfordert, und (ii) dieses Dokument der Bank oder gegebenenfalls dem externen Dienstleister zuzusenden.
- „**FGDL**“ (Fonds de Garantie des Dépôts Luxembourg) bezeichnet den Einlagensicherungsfonds Luxemburg. Hierbei handelt es sich um eine offiziell anerkannte öffentliche Einrichtung, deren Hauptziel darin besteht, im Falle der Nichtverfügbarkeit von Einlagen die Erstattung an die Einleger sicherzustellen.

- „**Finanzinstrument**“ bezeichnet alle Arten von Finanzinstrumenten laut Liste in Abschnitt B (*Finanzinstrumente*) aus Anhang II des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor in geänderter Fassung.
- „**Luxemburg**“ bezeichnet das Großherzogtum Luxemburg.
- „**Benachrichtigungsmittel**“ bezeichnet alle nach Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen zulässigen Kommunikations-/Benachrichtigungsmittel.
- „**Service**“ bezeichnet alle Banken- und Börsendienste in der von der Bank angebotenen Form sowie alle damit verbundenen Nebenfunktionen.
- „**Website**“ bezeichnet die Website der Bank mit der Adresse: <https://www.keytradebank.lu>. Die Website umfasst die öffentlichen Seiten und den den Kunden vorbehaltenen Transaktionsbereich, auf den mit Hilfe von einem oder mehreren Personalisierten Zugangs- und Sicherheitssystem(en) zugegriffen werden kann. Einige der auf der Website angebotenen Dienste stehen auch als Anwendungen für Mobiltelefone zur Verfügung.
- „**Internetseite**“ bezeichnet gleichermaßen die Website und die Anwendungen für Mobiltelefone.
- „**Inhaber 1**“ bezeichnet den 1. Kontoinhaber, der im Formular bei der Aufnahme der Vertragsbeziehung zwischen der Bank und dem (den) Kunden angegeben wird.
- „**Personalisiertes Zugangs- und Sicherheitssystem**“ bezeichnet alle Systeme oder Kombinationen von Systemen, mit denen sich der Kunde über eine Remote-Verbindung bei der Bank anmelden kann, insbesondere im Transaktionsbereich, um Transaktionen auszuführen; dazu gehören z. B. die Keytrade-ID, persönliche Codes oder Passwörter des Kunden, der Softkey, der Hardkey usw.
- „**Keytrade-ID**“ bezeichnet den elektronischen Schlüssel, den die Bank ihren Kunden zur Verfügung stellt und mit dem automatisch zeitlich begrenzte Einmalcodes generiert werden, mit deren Hilfe man sich im Transaktionsbereich anmelden und dort bestimmte Transaktionen durchführen kann.
- „**Keytrade-Token**“ bezeichnet jedes Identifizierungsverfahren in Form eines Hardwaregeräts oder einer Software, das die Bank ihren Kunden zur Verfügung stellt, um ihnen den Zugriff auf die Transaktionsplattform oder auf eine Anwendung zu ermöglichen und bestimmte Transaktionen auszuführen.
- „**Softkey**“ bezeichnet einen Keytrade-Token in Form einer Software.
- „**Hardkey**“ bezeichnet einen Keytrade-Token in Form eines Hardwaregeräts.

2. Geltungsbereich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

- 2.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für den Vertrag zwischen der Bank und ihren Kunden und betreffen die Konten, die bei der Bank für die Nutzung des Service eröffnet werden.
- 2.2 Die Bank kann die Allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit ändern, insbesondere zur Berücksichtigung von Änderungen bei gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften sowie von Änderungen auf den Finanzmärkten oder in Verbindung mit den Usancen des Finanzplatzes Luxemburg.
- 2.3 Alle Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen durch die Bank werden dem Kunden mit den in Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannten Benachrichtigungsmitteln mitgeteilt. Änderungen gelten als vom Kunden angenommen, wenn dieser nicht innerhalb von dreißig (30) Tagen ab der Mitteilung der Änderung schriftlich widerspricht.

3. Kontoeröffnung

A. *Dauer des Kontos*

- 3.1 Der auf der Grundlage dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen geschlossene Vertrag zwischen dem Kunden und der Bank gilt unbefristet. Er kann von jeder Partei per Einschreiben mit einer Kündigungsfrist, die in dem Schreiben festgelegt wird und nicht weniger als zehn (10) Werktage betragen darf, gekündigt werden. Er endet in jedem Fall automatisch mit der Schließung des bei der Bank eröffneten Kontos.

Die Bank behält sich zudem das Recht vor, die Bankbeziehung durch einfache Mitteilung an den Kunden auf einem dauerhaften Datenträger wie einer E-Mail fristlos zu kündigen und die Konten des Kunden zu schließen, wenn es auf den Konten des Kunden seit drei Jahren keine Bewegungen gegeben hat, wenn der Kontostand null ist und wenn es über einen Zeitraum von sechs Jahren keine Anmeldung auf der Website gegeben hat.

Ab dem Tage der Kündigung wird das Kontoguthaben nicht mehr verzinst. Falls der Kunde innerhalb einer angemessenen Frist nach der Kündigung keine klaren Anweisungen zur Bereitstellung der Guthaben und der sonstigen bei der Bank verwahrten Vermögenswerte erteilt, kann die Bank selbst bestimmen, in welcher Form die Guthaben dem Kunden auf seine eigene Gefahr ausgehändigt werden.

B. *Kontoeröffnungsverfahren*

- 3.2 Nach Maßgabe dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen stehen der Kunde und die Bank rechtswirksam in einer Geschäftsbeziehung, sobald folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Die Bank, oder gegebenenfalls der bezeichnete externe Dienstleister, hat das vom Kunden und den etwaigen Mitinhabern des Kontos ordnungsgemäß ausgefüllte und unterzeichnete Formular sowie alle Anhänge und sonstigen im Formular aufgeführten Unterlagen erhalten,

- die Bank hat dem Kunden seine Kontonummer und seinen Login-Code übermittelt, was nach Maßgabe dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen als Annahme des mit dem Kunden geschlossenen Vertrages durch die Bank gilt, und
- die Bank hat dem Kunden anschließend den Softkey oder den Hardkey, ein Passwort und einen Bestätigungscode übermittelt hat, mit denen er den Service tatsächlich nutzen kann.

C. *Nutzung des Service*

- 3.3 Um den Service in Anspruch nehmen zu können, muss der Kunde zuvor ein Konto bei der Bank eröffnet haben; maßgeblich hierfür sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Anweisungen laut Formular.

D. *Fernabsatzverträge*

- 3.4 Im Fall eines Vertragsabschlusses zwischen der Bank und dem Kunden im Fernabsatz im Sinne von Artikel L.222-1 des Gesetzes vom 8. April 2011 über die Einführung eines Verbrauchergesetzbuches („Code de la Consommation“) in geänderter Fassung - dies umfasst auch die Aufnahme der Bankbeziehung - steht dem Kunden nach diesen gesetzlichen Regelungen und insbesondere unbeschadet der in Artikel 222-18 (2) dieses Gesetzbuches vorgesehenen Ausnahmeregelungen eine Widerrufsfrist von 14 Kalendertagen ab Vertragsabschluss zu, innerhalb derer er der Bank offiziell mitteilen kann, dass er vom Vertrag zurücktritt („Widerrufsrecht“).

4. *Kontoart*

A. *Einzelkonto*

- 4.1 Sofern nichts Besonderes vereinbart wird, ist der Kunde bei der Eröffnung eines Kontos auf den Namen eines einzigen Kunden der alleinige Inhaber und der Einzige, der von diesem Konto aus Transaktionen tätigen kann.

B. *Gemeinschaftskonto*

- 4.2 Per Vertrag kann sich der Kunde dafür entscheiden, ein Gemeinschaftskonto mit anderen Mitinhabern, deren Identität im Formular angegeben ist, zu eröffnen.
- 4.3 Alle Mitinhaber des Gemeinschaftskontos haften gegenüber der Bank gesamtschuldnerisch für alle sich aus dem Konto ergebenden Rechte und Pflichten (Gesamtgläubigerschaft und Gesamtschuldnerschaft), die einzeln oder gemeinsam eingegangen wurden. Die dem oder den Mitinhabern des Kontos obliegenden Pflichten sind unteilbar. Jeder Mitinhaber kann alleine über das Gemeinschaftskonto verfügen, um unter Nutzung des Service Transaktionen mit Finanzinstrumenten vorzunehmen.
- 4.4 Die Ausführung von Anweisungen durch die Bank auf der Grundlage einer Order von einem der Mitinhaber hat für die Bank befreiende Wirkung gegenüber allen Mitinhabern.

- 4.5 Jeder Mitinhaber kann zu den Kontoauszügen und den über dieses Konto getätigten Geschäften sein Einverständnis erklären oder Vorbehalte äußern. Es obliegt jedoch den Mitinhabern selber, untereinander durch eine gesonderte Vereinbarung, von der die Bank nicht betroffen ist, die jeweiligen Rechte eines jeden an dem Konto zu regeln (z. B. durch Aufteilung der Rechte anteilig zu den Einzahlungen eines jeden Mitinhabers auf das Konto). Die Bank kann von jedem Mitinhaber jederzeit verlangen, sie von dieser Vereinbarung zu unterrichten.
- 4.6 Falls die Bank Kenntnis davon hat, wie die Aktiva zwischen den Mitinhabern eines Gemeinschaftskontos verteilt werden sollen, kann dies ihr gegenüber nicht eingewendet werden, um die Wirkung der Gesamtschuldnerschaft oder Gesamtgläubigerschaft der Mitinhaber des Kontos anzufechten oder zu verringern.
- 4.7 Falls sich die Bank gegenüber Behörden, einem Pfändungsgläubiger oder einem sonstigen Dritten zum Eigentum an dem Guthaben auf einem Gemeinschaftskonto äußern muss, geht sie unbeschadet etwaiger weiterer zwischen den Mitinhabern getroffener Vereinbarungen, mit denen die Bank nichts zu tun hat und über die sie sich nicht informieren muss, davon aus, dass diese Guthaben jedem Mitinhaber zu gleichen Teilen gehören.
- 4.8 Barmittel- und Wertpapiertransfers können nur auf ein Konto erfolgen, das der Inhaber 1 allein oder gemeinsam mit anderen Inhabern bei der Bank oder einem Drittinstitut eröffnet hat. Die gesamte Korrespondenz zu einem Gemeinschaftskonto wird von der Bank an Inhaber 1 versendet und gilt damit als allen Mitinhabern des Kontos zugegangen. Die Geheimcodes erhält nur Inhaber 1, und es obliegt diesem Inhaber, diese Codes unter seiner alleinigen Verantwortung an die Mitinhaber weiterzuleiten.
- 4.9 Es wird davon ausgegangen, dass das im Formular angegebene „Kundenprofil“ von allen Mitinhabern einvernehmlich vereinbart wurde. Für die steuerliche Behandlung der Kontoführung und der über dieses Konto vorgenommenen Transaktionen kann sich die Bank im Übrigen nach dem Steuerwohnsitz von Inhaber 1 richten. Für den Fall, dass einer der Mitinhaber des Kontos in Luxemburg ansässig ist, sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Konto unbeschadet der vorstehenden Regelung den einschlägigen luxemburgischen Bestimmungen, auch hinsichtlich der steuerlichen Behandlung, unterliegt.
- 4.10 Sofern keine besonderen gesetzlichen Auflagen existieren, führt der Tod eines Mitinhabers nicht zur Schließung des Gemeinschaftskontos, das mit der alleinigen Unterschrift eines überlebenden Mitinhabers weitergeführt werden kann.

5. Kontobewegungen

- 5.1 Das Konto wird für die Gutschrift oder Abbuchung von Sichteinlagen in bar (oder anderen gesetzlich zulässigen und von der Bank genehmigten Einlagen) in Euro oder jeder anderen von der Bank akzeptierten Währung genutzt, bis diese für den Erwerb von Finanzinstrumenten verwendet oder rückerstattet werden, ebenso wie für die Verwahrung von gekauften, veräußerten, verwahrten, zurückgenommenen und von sonstigen Geschäften betroffenen Wertpapieren.

6. Identifizierung des Kunden, Zeichnungsberechtigung und Vollmacht

A. Identifizierung des Kunden

- 6.1 Die Aufnahme der Geschäftsbeziehung zwischen der Bank und dem Kunden setzt voraus, dass alle von der Bank für notwendig erachteten Dokumente, Nachweise und Auskünfte beigebracht werden, die mit dem rechtlichen und steuerlichen Status, dem Wohn- oder Geschäftssitz sowie der beruflichen und persönlichen Situation des Kunden zusammenhängen. Der Kunde verpflichtet sich, all diese Dokumente der Bank auf deren erste Anforderung zu übermitteln.
- 6.2 Der Beginn der Geschäftsbeziehung zwischen der Bank und dem Kunden kann gegebenenfalls mithilfe eines von der Bank bezeichneten externen Dienstleisters vollzogen werden.
- 6.3 Der Kunde muss insbesondere der Bank oder ihrem externen Dienstleister eine Kopie seiner Ausweisdokumente in Form eines von der Bank oder ihrem externen Dienstleister bezeichneten Verfahrens übermitteln. Die auf dem Formular angegebene Anschrift des Wohnsitzes muss mit der auf dem Ausweisdokument aufgeführten Adresse des Wohnsitzes übereinstimmen und wird, sofern keine anderslautende schriftliche Angabe des Kunden vorliegt, von der Bank als sein Steuerwohnsitz vorausgesetzt. Die Bank behält sich das Recht vor, vom Kunden die Vorlage von weiteren Dokumenten zu verlangen, die seinen Steuerwohnsitz bescheinigen.
- 6.4 Die Geschäftsbeziehung zwischen der Bank und dem Kunden unterliegt den Pflichten der Bank auf dem Gebiet der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.
- 6.5 Der Kunde kann nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung aufgefordert werden, ausführliche Angaben zum tatsächlichen Begünstigten einer Geschäftsbeziehung, eines Kontos oder einer Transaktion zu machen.
- 6.6 Der Kunde erkennt an, dass die Bank berechtigt ist, bei allen ordnungsgemäß bevollmächtigten Dritten Auskünfte über die berufliche und persönliche Situation des Kunden einzuholen, um den ihr aus den einschlägigen Gesetzen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erwachsenden Pflichten nachzukommen.
- 6.7 Der Kunde garantiert ausdrücklich die Echtheit aller von ihm selbst oder seinem Bevollmächtigten der Bank übermittelten Schriftstücke. Der Kunde entbindet daher die Bank grundsätzlich von der Haftung für die Echtheit, die Genauigkeit und die Gültigkeit der ihr übermittelten Schriftstücke.

B. Änderungen von Adresse und Zustellungsanschrift

- 6.8 Der Kunde hat der Bank alle Änderungen der Zustellungsanschrift, der Postanschrift oder der E-Mail-Adresse mitzuteilen. Solange die Bank keine Änderungsmitteilung erhalten hat, kann sie die an den Kunden gerichtete Korrespondenz weiterhin an seine letzte ihr offiziell mitgeteilte Zustellungsanschrift, Postanschrift oder E-Mail-Adresse richten. Die an diese alte Adresse gerichteten

Mitteilungen gelten dann nach Maßgabe von Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) als beim Kunden eingegangen.

C. *Unterschriften*

- 6.9 Der Kunde muss bei der Bank eine Probe seiner Unterschrift und gegebenenfalls der Unterschriften seiner zeichnungsberechtigten Leitungsorgane oder Personen hinterlegen. Unabhängig davon, ob evtl. auch Unterschriften bei einem Handelsregister oder einer sonstigen amtlichen Veröffentlichung hinterlegt sind, kann sich die Bank ausschließlich auf diese Unterschriftsproben beschränken. Die Bank kann - muss aber nicht - elektronische Signaturen zulassen und eine solche elektronische Unterschrift im Sinne von Artikel 18 (1) des Gesetzes vom 14. August 2000 über den elektronischen Handel als gleichwertig zu den hinterlegten Originalunterschriften anerkennen und den mit einer solchen Signatur versehenen elektronischen Mitteilungen dieselbe Rechtswirkung wie einem Originalschreiben zusprechen, das mit einer Unterschrift wie hinterlegt versehen ist.
- 6.10 Die Kunden, insbesondere juristische Personen, sind verpflichtet, der Bank, oder gegebenenfalls dem externen Dienstleister, mit den in Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) aufgeführten Benachrichtigungsmitteln alle Änderungen zu Umfang oder Gültigkeit der Zeichnungsberechtigungen zu übermitteln.

D. *Vollmacht*

- 6.11 Die Bank hält für den Kunden ein Standardformular zur Erteilung einer privatschriftlichen Vollmacht bereit, mit dem er Dritten eine Vollmacht erteilen kann. Um Dritten eine Vollmacht zu erteilen, ist dieses Formular gemäß den in ihm enthaltenen Anweisungen auszufüllen und an die Bank zu senden.
- 6.12 Die Bank kann sich weigern, eine Vollmacht anzuerkennen und ihr Folge zu leisten, ohne dies begründen zu müssen; in einem solchen Fall ist der Vollmachtgeber so schnell wie möglich zu benachrichtigen.
- 6.13 Die Bevollmächtigung kann aus einem der folgende Gründe enden:
- Widerruf der Bevollmächtigung
 - Tod, Entmündigung, Konkurs oder Zahlungseinstellung des Bevollmächtigten oder vergleichbare Gründe (insbesondere Geschäftsunfähigkeit) oder
 - Tod des Kunden, falls er der einzige Inhaber des Kontos ist, für das die Vollmacht erteilt wurde.
- Der Kunde oder sein Erbe/Rechtsnachfolger sind verpflichtet, die Bank mit den in Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) aufgeführten Benachrichtigungsmitteln schriftlich über den Eintritt dieser Ereignisse zu unterrichten.
- 6.14 Wenn eine Bevollmächtigung aus einem beliebigen Grund ihre Gültigkeit verliert, muss der Kunde der Bank alle im Besitz des Bevollmächtigten befindlichen Dokumente zu dem von der Vollmacht betroffenen Konto bei der Bank zurückgeben oder ihre Rückgabe durch den Bevollmächtigten veranlassen. Andernfalls haftet der Kunde für alle möglichen Folgen der Verwendung dieser Dokumente durch den Bevollmächtigten oder einen Dritten.

- 6.15 Der Bevollmächtigte ist genauso wie der Kunde an diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gebunden. Gegenüber der Bank haftet der Kunde überdies für alle Handlungen, die der Bevollmächtigte im Rahmen seiner Bevollmächtigung vornimmt. Sofern vom Kunden nicht anders gewünscht, verfügt der Bevollmächtigte über dieselben Verwaltungs-, Verfügungs- und Aufhebungsbefugnisse wie der Kunde.

7. Geschäftsgeheimnis

- 7.1 Die Bank sichert dem Kunden zu, dass ihre Pflicht zur Wahrung des Geschäftsgeheimnisses für alle Personen gilt, die an der Erbringung der von der Bank nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften für Kreditinstitute angebotenen Dienste beteiligt sind, es sei denn, diese gesetzlichen und sonstigen Vorschriften sehen Ausnahmen von dieser Verschwiegenheitspflicht vor.
- 7.2 In bestimmten Fällen, die ausdrücklich gesetzlich vorgesehen und auf alle Kreditinstitute in Luxemburg anwendbar sind, kann die Bank verpflichtet sein, Informationen weiterzugeben, wenn diese von Gerichten oder Aufsichtsbehörden im Rahmen der ihnen übertragenen besonderen gesetzlichen Befugnisse angefordert werden.

8. Interessenkonflikte

- 8.1 Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit kann möglicherweise eine Situation für die Bank eintreten, in der ihre geschäftlichen Interessen (einschließlich derjenigen ihrer Geschäftsleitung, Ihrer Verwaltungsratsmitglieder, ihrer Beschäftigten und vertraglich gebundenen Vermittler) und/oder die Interessen ihrer Kunden miteinander konkurrieren („Interessenkonflikt“).
- 8.2 Die Bank trifft alle angemessenen Vorkehrungen, um Interessenkonflikte zu identifizieren, zu verhindern und zu klären, die im Rahmen der Ausübung ihrer Tätigkeit auftreten und den Interessen des Kunden schaden können, und bemüht sich, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Zusammenhang hat die Bank organisatorische Regelungen erarbeitet, um unnötigen Informationsfluss zu verhindern, für die gesonderte Überwachung der betroffenen Personen zu sorgen und jedweden ungerechtfertigten Einfluss auf diese Personen zu verhindern.
- 8.3 In der Richtlinie der Bank zur Handhabung von Interessenkonflikten stehen ausführlichere Hinweise zur Verfügung. Ein Dokument, in dem die besagte Richtlinie zusammengefasst wird, kann dem Kunden auf Anfrage mit Hilfe der in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufgeführten Benachrichtigungsmittel übermittelt werden.

9. Pflichten des Kunden zur Einhaltung der Steuervorschriften

- 9.1 Die Bank weist den Kunden auf seine Pflichten aus gesetzlichen und sonstigen Vorschriften hin, insbesondere auf seine steuerlichen Pflichten aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder seines Wohnsitzes. Es ist Sache des Kunden sicherzustellen, dass alle Anweisungen oder Orders, die er der Bank zur Ausführung übermittelt, mit diesen Pflichten im Einklang stehen.

- 9.2 Da die Bank nicht verpflichtet ist, das Vorliegen und die Einhaltung solcher Vorschriften zu kontrollieren, bestätigt der Kunde ausdrücklich, dass er alle ihm aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder seines Wohnsitzes obliegenden steuerlichen Pflichten einhält. Es liegt in der Verantwortung des Kunden, von der Bank alle Kontoauszüge und Steuerbescheinigungen anzufordern, die er benötigt, um seinen steuerlichen Pflichten nachzukommen.
- 9.3 Der Kunde verpflichtet sich gegenüber der Bank, seine gesetzlichen Pflichten bezüglich aller bei der Bank hinterlegten und/oder von der Bank verwalteten Einlagen und Vermögenswerte zu erfüllen. Das Versäumnis, bestimmte steuerliche Pflichten zu erfüllen, kann zur Verhängung von Bußgeldern und Strafzahlungen führen, die der Kunde der Bank in vollem Umfang zurückerstatten muss. Die Bank haftet nicht für jegliche negative Auswirkungen für den Kunden aufgrund (i) des Fehlens von Erklärungen oder der Nichterfüllung gesetzlicher steuerlicher Verpflichtungen seitens des Kunden und/oder (ii) der Mitteilung von Informationen bezüglich des Kunden an zuständige (Steuer-)Behörden zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften durch die Bank. Der Kunde willigt ein, die Bank für jeglichen Verlust der sich aus einer solchen Situation ergeben könnte, zu entschädigen, und verpflichtet sich im Rahmen der vorliegenden Geschäftsbedingungen dies zu tun.

10. Benachrichtigungsmittel

- 10.1 Vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Vorschriften kann die Bank mit dem Kunden nach ihrem Ermessen wie folgt kommunizieren:
- **per E-Mail** an die vom Kunden im Formular angegebene E-Mail-Adresse, oder im Falle der Beantwortung einer E-Mail, aus der hervorgeht, dass sie von dem Kunden versendet wurde, an diese E-Mail-Adresse
 - **per Mitteilung** auf der Website, falls es sich um eine allgemein für alle Kunden bestimmte Nachricht handelt, unter anderem bezüglich der Modalitäten, nach denen Transaktionen ausgeführt werden können, oder bezüglich gezeichneter, gekaufter oder verkaufter Produkte,
 - **über alle sonstigen elektronischen Kommunikationsmittel** (beispielsweise für die Versendung der Ausführungsanzeigen, Kontoauszüge usw.)
 - **mit einfachem Postschreiben**
 - **per Fax** an die im Formular genannte Faxnummer
 - **per Telefon** an die im Formular genannte(n) Telefonnummer(n)
 - **mit einer den Kontoauszügen beigefügten Mitteilung**
- 10.2 Der Kunde akzeptiert ausdrücklich, dass ihm jede Information, die ihm von der Bank auf einem dauerhaften Datenträger mitgeteilt werden muss, einschließlich Mitteilungen, die ihm die Bank im Rahmen von Wertpapierdienstleistungen bezüglich vom Kunden erteilter Orders zu Finanzinstrumenten, für die er gesetzlich eine Mitteilung auf Papier verlangen könnte, von der Bank per E-Mail, durch Anzeige auf der Website der Bank oder über jedes andere geeignete Mittel der Fernkommunikation mitgeteilt wird. Der Kunde bestätigt, dass er darüber informiert wurde, dass die Bank bei den Mitteilungen an ihre Kunden E-Mail oder die Anzeige auf der Website gegenüber anderen Kommunikationsmitteln bevorzugt und dass die Zustimmung des Kunden zu dieser Kommunikationsart in allen gesetzlich zulässigen Fällen für die Bank eine wesentliche Voraussetzung für die vertragliche Beziehung ist. Der Kunde bestätigt demzufolge, dass er darüber informiert wurde,

dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass er sich gemäß Artikel 10.13 regelmäßig mit der Website verbindet, dass er bei der Aufnahme der Beziehung mit der Bank eine gültige E-Mail-Adresse angibt und dass er die Bank über jegliche Änderung seiner E-Mail-Adresse unverzüglich in Kenntnis setzt. Der Kunde trägt allein die volle Verantwortung für den Fall, dass seine E-Mail-Adresse unkorrekt oder abgelaufen ist, und verzichtet unwiderruflich darauf, diesen Umstand gegenüber der Bank geltend zu machen, auch wenn ihr dieser Umstand bekannt war oder nach vernünftigen Ermessen hätte bekannt sein müssen.

- 10.3 Der Kunde ist berechtigt, auf den folgenden Wegen mit der Bank zu kommunizieren:
- **online auf der Website der Bank** gemäß und entsprechend den auf der Website bestehenden Funktionen und unter Verwendung der erforderlichen vertraulichen Codes
 - **per E-Mail** an die E-Mail-Adresse der Bank
 - **mit einfachem Schreiben** an die Adresse des Geschäftssitzes der Bank
 - **durch Übergabe am Geschäftssitz** der Bank gegen Empfangsbestätigung der Bank
 - **per Fax** an die Bank, wobei die Bank berechtigt ist, ein per Fax erhaltenes Schreiben nicht zu berücksichtigen, wenn sie Zweifel an der Herkunft oder Echtheit des Schreibens hat; vor der Berücksichtigung dieses Fax kann sie in jedem Fall eine Bestätigung durch ein auf dem normalen Postweg versendetes Schreiben verlangen, wobei dann allein dieses Postschreiben berücksichtigt wird,
 - **per Telefon**, wobei die Bank berechtigt ist, die per Telefon erhaltenen Informationen oder Anweisungen nicht zu berücksichtigen, wenn sie Zweifel an der Identität des Anrufers hat; vor der Berücksichtigung dieser Information oder Anweisung kann sie in jedem Fall eine Bestätigung durch ein auf dem normalen Postweg versendetes Schreiben oder ein Telefax verlangen, wobei dann allein dieses Postschreiben berücksichtigt wird.
- 10.4 **Mitteilungen per Fax, E-Mail oder auf anderem elektronischen Wege** gelten als innerhalb von 24 (vierundzwanzig) Stunden nach der Versendung beim Empfänger erhalten; bei Mitteilungen durch „Posting“ auf der Website der Bank wird von einem Erhalt am Tage des „Postings“ ausgegangen.
- 10.5 **Bei Mitteilungen durch normales Postschreiben** wird von einem Erhalt am dritten Werktag nach der Versendung ausgegangen.
- 10.6 **Am Geschäftssitz der Bank erfolgte Mitteilungen** gelten am Tage der von der Bank ausgestellten Empfangsbestätigung oder Quittung als eingegangen.
- 10.7 Das Risiko und die Haftung für die betrügerische Verwendung der E-Mail-Adresse des Kunden oder für die durch unberechtigte Dritte erfolgte Versendung einer E-Mail, in der in betrügerischer Weise behauptet wird, dass sie vom Kunden verfasst und versendet wurde, liegt allein beim Kunden. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass der Austausch elektronischer Mitteilungen (E-Mail oder SMS) zwischen dem Kunden und der Bank auf nicht gesichertem Wege erfolgt. Dabei können weder die Vertraulichkeit und Vollständigkeit dieser Mitteilungen noch die Identität des Senders oder Empfängers garantiert werden.
- 10.8 Die Bank kann das Recht des Kunden auf Verwendung der oben genannten sonstigen Kommunikationsmittel neben dem normalen Postweg jederzeit durch einfache Mitteilung auf der

Website beschränken oder aussetzen, insbesondere aus Gründen der Sicherheit und Vertraulichkeit. Diese Entscheidung kann allgemein für bestimmte Kundengruppen, alle Kunden oder einzelne Kunden getroffen werden, wobei bei einer Einzelfallentscheidung der Kunde hiervon in seinem gesicherten und vertraulichen Transaktionsbereich unterrichtet wird.

- 10.9 Die Bank kann den Kunden auch unter der im Formular genannten Festnetz- oder Mobiltelefonnummer anrufen und mit ihm über alle Angelegenheiten bezüglich der zwischen Bank und Kunde abgeschlossenen bestehenden Verträge kommunizieren.
- 10.10 Postsendungen (einschließlich der Versendung von Wertpapieren oder anderen Werten usw.) erfolgen auf Gefahr des Kunden. Die Bank kann beschließen, alle Postsendungen per Einschreiben zu verschicken, ist aber nicht dazu verpflichtet; die Kosten für diese Schreiben gehen in einem solchen Fall zu Lasten des Kunden und werden von seinem Konto abgebucht.
- 10.11 Wird eine Postsendung der Bank mit dem Vermerk zurückgesandt, dass der Empfänger an der genannten Adresse nicht bekannt oder verzogen ist, ist die Bank berechtigt, diese Mitteilung sowie alle weiteren Anschreiben, die mit dieser Anschrift an den Kunden adressiert werden, auf dessen Verantwortung zu ihren Unterlagen zu nehmen. In einem solchen Fall gilt die Mitteilung mit dem Datum des Anschreibens als zugegangen, und es wird davon ausgegangen, dass die Pflicht, den Kunden zu informieren, durch die Bereitstellung der Information entweder in Form des verwahrten Schreibens oder durch die Speicherung in einer elektronischen Datei, die dem Kunden auf Anfrage übermittelt wird, erfüllt ist.
- 10.12 Für den Fall, dass die Umstände dies rechtfertigen (in dringenden Fällen, falls der Kunde einer seiner Verpflichtungen nicht nachkommt, wenn die Bank hierzu durch geltende Gesetze oder Bestimmungen verpflichtet wird usw.), behält sich die Bank jedoch das Recht vor, die Korrespondenz an die Anschrift des Kunden zu richten, ohne hierfür in irgendeiner Weise haftbar gemacht werden zu können. Die Versendung erfolgt in diesem Fall auf Kosten des Kunden. Die Bank haftet nicht für Konsequenzen, die sich möglicherweise aus der Aufbewahrung, einer etwaigen verspäteten Abholung und/oder Ausstellung dieser Dokumente oder der für den Kunden bei der Bank bereitgehaltenen Korrespondenz ergeben. Diese Korrespondenz gilt einen Tag nach dem Datum des Schreibens als ausgeliefert und beim Kunden eingegangen.
- 10.13 Der Kunde bestätigt, dass er einen dauerhaften Zugang zum Internet hat. Der Kunde verpflichtet sich, regelmäßig und mindestens einmal pro Woche die Website zu besuchen, um Mitteilungen der Bank zur Kenntnis zu nehmen und die Ausführung von Transaktionen zu überprüfen und von deren Aufstellungen und Kontoauszügen Kenntnis zu nehmen. Der Kunde verzichtet unwiderruflich darauf, mangelnden Internet-Zugang geltend zu machen, um sich den Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu entziehen, mit Ausnahme von Fällen höherer Gewalt.

11. Sicherheit zugunsten der Bank, Gesamtpfand

- 11.1 Der Kunde und die Bank vereinbaren ausdrücklich, dass die Forderungen, Werte, Finanzinstrumente, Wertpapiere, Wechsel, Waren sowie alle anderen Aktiva des Kunden, die bei der Bank oder für

Rechnung der Bank bei einem Dritten deponiert oder zu deponieren sind, nach Maßgabe der einschlägigen Gesetzesvorschriften ausschließlich auf Gefahr des Kunden automatisch zugunsten der Bank ein unteilbares und vorrangiges Pfand zur Sicherung der vollständigen Erfüllung seiner Rückzahlungspflichten von allen bestehenden oder künftigen Verbindlichkeiten des Kunden darstellen.

- 11.2 Unbeschadet der Erhebung von Debetzinsen nach den Tarifen der Bank ist diese vorbehaltlich der gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht oder nur verspätet nachkommt, berechtigt, seine Guthaben einzubehalten oder in der gesetzlich zulässigen Form zu verflüssigen und die sich daraus ergebenden Erträge zur Tilgung der eigentlichen Schuld sowie der Zinsen, Kosten und Nebenkosten zu verwenden.
- 11.3 Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 3.3 der Bedingungen für die Bereitstellung von Lombarkrediten - sofern anwendbar - kann die Bank sämtliche ihrer Rechte und Vorzugsrechte innerhalb der von der Bank gesetzten Frist ausüben, nachdem sie dem Kunden mit den Benachrichtigungsmitteln, die in Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) festgelegt sind, ihre Absicht mitgeteilt hat, das in den vorstehenden Artikeln vorgesehene Pfand ganz oder teilweise zu verflüssigen.
- 11.4 Für alle Fälle wird darauf hingewiesen, dass alle nach Maßgabe dieses Artikels 11 an die Bank verpfändeten Finanzinstrumente und Barmittel nach dem Gesetz vom 5. August 2005 über Finanzsicherheiten als auf einem Sonderkonto verbucht angesehen werden. Zu diesem Zweck werden alle auf den Namen des Kunden eröffneten Konten, auf denen diese Finanzinstrumente und Barmittel gutgeschrieben sind, einvernehmlich zu Sonderkonten erklärt. All diese Konten gelten damit als Sonderkonten, die zugunsten der Bank verpfändet und als solche in den IT- und Buchführungssystemen der Bank erfasst sind.
- 11.5 Soweit erforderlich und sofern die verpfändeten Aktiva Forderungen des Kunden gegenüber der Bank umfassen, erkennt die Bank diese Verpfändung in ihrer Eigenschaft als Schuldner gemäß Artikel 2075 Code Civil [Zivilgesetzbuch] an und akzeptiert diese.
- 11.6 Der Kunde ermächtigt die Bank, auch in seinem Namen alle eventuell erforderlich werdenden oder ihr angemessen erscheinenden Mitteilungen oder Zustellungen in Bezug auf ihr Pfandrecht an beliebige Dritte zu richten.
- 11.7 Sollte der Kunde einer seiner Verpflichtungen nicht nachkommen, ist die Bank berechtigt, ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen. Jedes dem Kunden zuzurechnende Versäumnis gleich welcher Art bei der Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen oder beliebiger sonstiger Verpflichtungen aus diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie aus beliebigen Zusatzvereinbarungen zu einem speziellen von der Bank angebotenen Dienst (z. B. Nachtrag zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Keytrade Bank Luxembourg SA über die Transaktionen auf der Plattform Keytrade Pro) kann von der Bank als Unterlassung angesehen werden, und in diesem Fall ist die Bank berechtigt, als Sicherheit alle vom Kunden geschuldeten Beträge fällig zu stellen und für unverzüglich zahlbar zu erklären. Die Bank kann dann die Verpflichtungen und offenen Positionen des Kunden auf Kosten und Gefahr des Kunden ganz oder teilweise glattstellen. Überdies kann die Bank im Rahmen

des gesetzlich Zulässigen ohne Inverzugsetzung sich entweder alle verpfändeten Aktiva aneignen oder sie verflüssigen, und zwar auch bei einem Insolvenzverfahren, einer Beschlagnahme oder jeder anderen Konkursituation des Kunden. In diesen Fällen gehen Kosten und Gefahr ebenfalls zu Lasten des Kunden. Der Erlös aus der Verwertung wird zur Rückzahlung der gesicherten Forderung verwendet. Die Bank ist berechtigt, vom Kunden etwaige Verluste, die sich aus der Verwertung des Pfands ergeben können, zurückzufordern. Im Fall der Aneignung der verpfändeten Aktiva durch die Bank werden diese zum Buchwert bewertet, verbleiben als Zahlung bei der Bank und werden auf die gesicherte Forderung angerechnet. Ein etwaiger Restbetrag steht dem Kunden zu. Die Bank ist auch berechtigt, die verpfändeten Finanzinstrumente im Rahmen und unter den im o. g. Gesetz vom 5. August 2005 genannten Bedingungen zu nutzen.

- 11.8 Es wird ausdrücklich vereinbart, dass die verpfändeten Aktiva nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen durch andere Aktiva ersetzt werden können, die den ursprünglich verpfändeten gleichwertig sind, und zwar durch einfache Verbuchung dieser anderen Aktiva auf dem Konto, wobei dieselben Regelungen wie für die ursprünglich verpfändeten Aktiva gelten, ohne dass sie als eine neue Sicherheit angesehen werden können.

12. Einheit des Kontos, Verrechnung und Konnexität der Geschäfte

- 12.1 Unbeschadet der Gesetze, Vorschriften und Vereinbarungen, denen die Sonderkonten unterliegen, bilden alle Konten eines Kunden unabhängig davon, ob es sich um Einzel- oder Gemeinschaftskonten, Soll- oder Habenkonten handelt und sie fällig oder nicht fällig sind sowie unabhängig von der Währung, auf die sie lauten, die Unterkonten eines einzigen und unteilbaren Kontos bei der Bank, das der Nutzung des Service dient (nachstehend bezeichnet als „**Unterkonto(-konten)**“).
- 12.2 Der Saldo dieses einzigen Kontos ist nach Umrechnung durch die mit einem dieser Unterkonten verbundenen dinglichen und persönlichen Sicherheiten besichert. Er ist ebenso wie die Debetzinsen und Kosten unverzüglich fällig.
- 12.3 Unbeschadet vorstehender Regelungen ist die Bank berechtigt, jederzeit nach eigenem Ermessen und ohne Vorankündigung die Salden dieser Unterkonten miteinander zu verrechnen oder Transfers von einem Unterkonto mit Habensaldo auf ein beliebiges Unterkonto mit Sollsaldo vorzunehmen und dabei gegebenenfalls Währungsumrechnungen durchzuführen.
- 12.4 Der Kunde verzichtet ausdrücklich auf die Inanspruchnahme von Artikel 1253 Code Civil [Zivilgesetzbuch] und erklärt sich damit einverstanden, dass die Bank selbst bestimmt, welche Schuld oder welcher Teil der Schuld mit den vom Kunden erhaltenen Beträgen getilgt wird.
- 12.5 Da alle zwischen dem Kunden und der Bank getätigten Geschäfte miteinander zusammenhängen, kann die Bank somit bestimmte oder alle ihre Verpflichtungen in dem Fall, dass der Kunde einer der ihm obliegenden Pflichten nicht nachkommt, aussetzen oder es ablehnen, sie zu erfüllen.
- 12.6 Alle Beträge und Werte gleich welcher Art, die von der Bank für Rechnung des Kunden gehalten werden, können von der Bank einbehalten werden, falls der Kunde seinen Verpflichtungen nicht oder nur verspätet nachkommt.

13. Schutz personenbezogener Daten

- 13.1 Als für die Verarbeitung zuständige Person verarbeitet die Bank solche Informationen über den Kunden, die personenbezogen sind und/oder die Identifizierung der Kunden ermöglichen oder sie identifizierbar machen („personenbezogene Daten“), um mit den Kunden Verträge zu erfüllen oder abzuschließen, um gesetzliche Vorgaben der Bank einzuhalten oder im Rahmen ihrer rechtmäßigen Interessen. Aus denselben Gründen können diese personenbezogenen Daten an andere Konzernunternehmen der Bank oder an Dritte weitergegeben werden. in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr. 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie allen gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zur Anwendung dieser Verordnung in Luxemburg. Die vorstehende Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten erfolgt darüber hinaus in Übereinstimmung mit der Richtlinie der Bank über den Schutz von personenbezogenen Daten und dem Schutz der Privatsphäre der Kunden gemäß der Beschreibung im Dokument „Richtlinie über den Schutz personenbezogener Daten“ das unter folgender Internetadresse abgerufen werden kann: <https://www.keytradebank.lu/de/Datenschutzpolitik> Die Richtlinie zum Schutz personenbezogener Daten umfasst sämtliche Informationen, aufgrund der und gemäß der die vorstehende Verarbeitung personenbezogener Daten vorgenommen wird, sowie die Rechte der Kunden an den sie betreffenden personenbezogenen Daten und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Ausübung dieser Rechte. Indem der Kunde den vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen zustimmt, bestätigt er, diese Richtlinie über den Schutz personenbezogener Daten gelesen und verstanden zu haben.

14. Debetsalden

- 14.1 Der Kunde verpflichtet sich ausdrücklich, auf allen auf seinen Namen eröffneten Konten jederzeit ein Guthaben zu haben. Die etwaige Tolerierung eines Debets durch die Bank begründet keinesfalls einen Anspruch auf die Beibehaltung oder gelegentliche Erneuerung dieses Debets.
- 14.2 Die Bank kann daher jederzeit die unverzügliche und vollständige Rückzahlung dieses Debets verlangen. Jedes Debet wird automatisch und ohne vorherige Inverzugsetzung zugunsten der Bank verzinst; der entsprechende Debetzinssatz kann vom Kunden jederzeit in der Rubrik „Tarife“ der Website eingesehen werden.
- 14.3 Die Bank ist jederzeit unwiderruflich zur Änderung ihrer Tarifliste ermächtigt und berechtigt. Die auf den Konten aufgelaufenen Debetzinsen werden quartalsweise thesauriert.
- 14.4 Der Kunde ermächtigt die Bank unwiderruflich dazu, auf eigenes Betreiben ganz oder teilweise alle auf dem Konto verbuchten Finanzinstrumente zu verflüssigen, um diesen Debetsaldo auszugleichen. Die Bank bemüht sich, den Kunden zuvor über diese Verflüssigung zu unterrichten, ohne dass sie verpflichtet wäre, ein bestimmtes Ergebnis herbeizuführen. Sollte die Bank keine Debetzinsen in Anrechnung bringen oder die Aktiva nicht wie oben genannt verflüssigen, so kann dies keinesfalls als Verzicht der Bank auf ihre nach dieser Klausel bestehenden Rechte gewertet werden.

15. Deckung von Positionen

- 15.1 Die Bank verlangt, dass das vom Kunden für die Durchführung von Transaktionen mit Finanzinstrumenten aller Art verwendete Konto jederzeit ausreichende Deckung aufweist, um die infolge dieser Transaktion offene Position des Kunden zu 100 % auszugleichen und dass alle eingezahlten Aktiva zur Abdeckung dieser Positionen verwendet werden.
- 15.2 Die Bank ist überdies nicht verpflichtet, dem Kunden einen Service zur Ordererteilung für alle Arten von Finanzinstrumenten und alle Märkte anzubieten, so insbesondere nicht für Finanzinstrumente und Märkte, bei denen der Kunde in Bezug auf offene Positionen Risiken eingehen würde. Ohne dazu verpflichtet zu sein, behält sich die Bank das Recht vor, je nach Kunden entsprechend ihrem finanziellen Profil und ihrer Erfahrung in Anlagefragen unterschiedliche Services und Funktionen im Einklang mit der MiFID anzubieten.
- 15.3 Der Service ist in jedem Fall jederzeit auf die Funktionen beschränkt, die auf der Website, zu den der Kunde Zugang hat, aufgeführt sind (Art des Marktes, des Finanzinstruments, der Order usw.).
- 15.4 Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass etwaige vom Kunden erlittene Verluste mit offenen Positionen den bestehenden und von der Bank verlangten Deckungsbetrag übersteigen können und dass die Bank keine Garantie dafür übernimmt, dass der von ihr geforderte Deckungsbetrag dem von dem Kunden mit diesen Positionen eingegangenen Risiko entspricht. Für den Fall, dass die diesem Konto gutgeschriebenen Aktiva infolge der Entwicklung des Marktes oder aus irgendeinem anderen Grunde nicht oder nicht mehr zur Abdeckung der Position des Kunden ausreichen und/oder dass dieser der Bank auf ihre Anforderung hin und innerhalb der von ihr gesetzten Frist nicht den erforderlichen Deckungsbetrag ausgehändigt oder aufgestockt hat, bevollmächtigt der Kunde die Bank unwiderruflich damit, seine Verpflichtungen auf seine Kosten und Gefahr ganz oder teilweise glattzustellen. Darüber hinaus ist die Bank unwiderruflich bevollmächtigt, alle von ihr für Rechnung des Kunden verwahrten Aktiva nach vorheriger Mitteilung ganz oder teilweise zu verflüssigen, um alle von ihm eingegangenen Transaktionen zu saldieren. In diesen Fällen gehen alle Kosten und Gefahren zu Lasten des Kunden.

16. Ausführungsanzeigen und Kontoauszüge

- 16.1 Der Kunde erhält regelmäßig die Ausführungsanzeigen, Kontoauszüge und anderen Mitteilungen in Zusammenhang mit dem Konto und den zu diesem Konto getätigten Geschäften auf dem normalen Postweg oder, sofern durch die einschlägigen Bestimmungen zulässig, per E-Mail an die gegebenenfalls vom Kunden mitgeteilte E-Mail-Adresse oder auf einem beliebigen sonstigen zulässigen elektronischen Wege, genau wie alle anderen Mitteilungen der Bank.
- 16.2 Der Kunde erhält nach jeder Transaktion, zu deren Ausführung er den Service genutzt hat, eine Ausführungsanzeige. Der Kunde wird darum gebeten, die per E-Mail zugestellten Mitteilungen auszudrucken und auf einem permanenten Speichermedium zu speichern. Der Kunde ist außerdem dafür verantwortlich, sich zu vergewissern, dass seine Orders durch die Bank korrekt ausgeführt werden, und er ist verpflichtet, die Bank schnellstmöglich über alle (für ihn vorteilhaften oder

nachteiligen) etwaigen Fehler zu unterrichten. Der Kunde kann seinen Kontostand und den Verlauf seiner Transaktionen überdies jederzeit auf der Website abfragen. Im Falle von Widersprüchen zwischen den Angaben auf der Website und den Angaben in den Ausführungsanzeigen oder Kontoauszügen haben Letztere stets Vorrang.

- 16.3 Der Kontoauszug ändert nichts an der Art und insbesondere der Unteilbarkeit des einzigen Kontos.
- 16.4 Die Bank kann auf keinen Fall für die Nutzung der auf dem Kontoauszug aufgeführten Bankinformationen durch den Empfänger haftbar gemacht werden.
- 16.5 Der Kunde ist verpflichtet, die Bank über Fehler zu unterrichten, die in den ihm von der Bank ausgestellten Dokumenten und Kontoauszügen enthalten sein könnten. Falls der Kunde innerhalb von dreißig (30) Tagen ab dem Versand oder der Verfügbarkeit der Dokumente, Ausführungsanzeigen und Kontoauszüge keine schriftliche Beanstandung nach Maßgabe von Artikel 22 (*Rückbuchungen, Beschwerden und Behebung von Kontofehlern*) vorbringt, gelten die dort aufgeführten Informationen außer bei offenkundigen Fehlern als richtig, und es wird davon ausgegangen, dass der Kunde die Dokumente, Ausführungsanzeigen und Kontoauszüge genehmigt hat.

17. Vergütung der Einlagen

- 17.1 Die auf Ihrem Geldkonto verwahrten Gelder werden zu dem in der Rubrik „Tarife“ der Website genannten Zinssatz verzinst. Diese Zinsen sind eine Rückvergütung eines Teils der Zinsen, die die Bank für die Anlage der Kundengelder bei anderen Finanzinstitutionen erhält. Die Zinssätze unterscheiden sich je nach Währung und können zur Anpassung an die Marktbedingungen jederzeit von der Bank geändert werden.
- 17.2 Vorbehaltlich gesonderter Vereinbarungen werden die Konten nach Ermessen der Bank alle 3 (drei), 6 (sechs) oder 12 (zwölf) Monate zur Berechnung und Verbuchung der auf den Konten aufgelaufenen Zinsen abgerechnet.

18. Finanzinstrumente

- 18.1 Alle auf dem Konto des Kunden verbuchten Finanzinstrumente einschließlich derjenigen, die im Zuge einer von der Bank ausgeführten Order des Kunden erworben werden, werden vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Bestimmungen als fungibel betrachtet. Im Falle von Finanzinstrumenten, die ausgelost werden können, wird der Kunde allerdings vor der ersten diese Papiere betreffenden Verlosung über ihre Nummern unterrichtet.
- 18.2 Für eine Rücknahme der auf seinem Konto verbuchten Wertpapiere erklärt der Kunde sich außer im Falle der von einer Auslosung betroffenen Papiere, deren Nummern dem Kunden genannt wurden, damit einverstanden, Papiere zu erhalten, die möglicherweise eine andere Nummer als die von ihm hinterlegten Papiere besitzen.

19. Währungen

- 19.1 Die Abbuchung oder Gutschrift der Beträge erfolgt in der Währung, in der sie von der Bank gezahlt oder eingenommen wurden, und zwar unbeschadet des Rechts der Bank, die in einer oder mehreren Währungen bestehenden Fehlbeträge gemäß Artikel 12 (*Einheit des Kontos, Verrechnung und Konnexität der Geschäfte*) durch Umrechnung der in einer oder mehreren anderen Währungen verfügbaren Salden auszugleichen. Die gutzuschreibenden Beträge werden ggf. in einer gesonderten Rubrik auf demselben Konto verbucht.

20. Vergütungen, Steuern und Gebühren

- 20.1 Die Bank ist berechtigt, von jedem Konto des Kunden die ihr zu zahlenden Vergütungen oder Kostenerstattungen sowie alle Beträge in Zusammenhang mit den vorgenommenen Transaktionen, eingenommenen Erträgen oder anderen auf dieses Konto erfolgten Zuweisungen, zu deren Erhebung sie gesetzlich verpflichtet ist (Transaktionssteuern, vergleichbare Steuern in anderen Ländern, Mobiliensteuervorabzug, Besteuerung der Lieferung von Inhaberpapieren usw.), abzubuchen.

21. Überweisungen und Transfers

- 21.1 An den Kunden erfolgende Überweisungen, Transfers oder Übergaben, die über einen Korrespondenten der Bank oder einen anderen Finanzintermediär in Luxemburg oder im Ausland vorgenommen werden, werden dem Kunden erst dann endgültig zuerkannt, wenn die Bank tatsächlich im Besitz der durch den Korrespondenten oder sonstigen Finanzintermediär transferierten Gelder oder Papiere ist; dies gilt ungeachtet des Erhalts einer von diesem Korrespondenten oder Finanzintermediär erstellten Ausführungsanzeige durch die Bank.
- 21.2 Allgemein erfolgen alle von der Bank vorgenommenen Gutschriften auf das Geld- und Wertpapierkonto „Eingang vorbehalten“, und die Bank kann bei nicht erfolgtem tatsächlichen Transfer automatisch Rückbuchungen vornehmen; s. nachstehende Beschreibung in Artikel 22 (*Rückbuchungen, Beschwerden und Behebung von Kontofehlern*).

22. Rückbuchungen, Beschwerden und Behebung von Kontofehlern

- 22.1 Der Kunde ermächtigt die Bank ausdrücklich, begangene Fehler automatisch und ohne vorherige Benachrichtigung oder Genehmigung zu berichtigen, so z. B., wenn ein Betrag doppelt oder fälschlicherweise verbucht worden ist, wenn die Bank es umgekehrt versäumt hat, einen Betrag oder Wertpapiere abzubuchen oder wenn bei einer verbuchten Gutschrift der entsprechende Betrag nicht eingegangen ist, wobei diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Im Falle einer falschen Zuweisung von Papieren zum Konto des Kunden kann die Bank die fälschlicherweise zugewiesenen Papiere rückbuchen. Für den Fall, dass diese Papiere vor der Berichtigung des Fehlers abgehoben wurden und der Kunde diese Papiere nicht innerhalb von 5 (fünf) Werktagen nach einer durch die Bank mit einfachem Brief ergangenen Aufforderung zurückerstattet hat, ermächtigt und beauftragt der Kunde die Bank, die Papiere zu einem beliebigen Zeitpunkt auf Kosten und Risiken des Kunden auf dem Markt zurückzukaufen. Falls diese Papiere vor der Berichtigung des Fehlers

veräußert wurden, ermächtigt und beauftragt der Kunde die Bank, den Ertrag dieses Verkaufs vom Konto des Kunden zurückzubuchen.

Die von der Bank bereitgestellten Informationen, insbesondere bezüglich der Bewertung der Kontoguthaben, können gegebenenfalls auf Informationen beruhen, die von Dritten geliefert wurden. In diesem Fall sind diese Informationen unverbindlich und nicht als eine Bestätigung der Bank oder als eine Wiedergabe des exakten finanziellen Werts des fraglichen Finanzinstruments zu interpretieren. Die Bank übernimmt daher keine Haftung für ihre Qualität oder Richtigkeit.

- 22.2 Der Kunde ist verpflichtet, die Bank über eventuelle Fehler in den ihm von der Bank ausgestellten Dokumenten und Kontoauszügen zu unterrichten. Falls der Kunde innerhalb von dreißig (30) Tagen ab dem Versand der Dokumente und Kontoauszüge keine schriftliche Beanstandung äußert, gelten die in ihnen enthaltenen Angaben außer bei offenkundigen Fehlern als vom Kunden als richtig akzeptiert, und es wird davon ausgegangen, dass der Kunde diese Dokumente und Auszüge stillschweigend genehmigt hat.

23. Geschäfte mit zur Verwahrung übergebenen Finanzinstrumenten

- 23.1 Es ist Aufgabe des Kunden, sich bezüglich „Corporate Actions“, die Finanzinstrumente betreffen, die er der Bank zur Verwahrung anvertraut hat, auf dem neusten Stand zu halten, und die Informationen zu verfolgen, die bezüglich dieser Corporate Actions veröffentlicht werden. Die Bank haftet nicht für Schäden, die dem Kunden dadurch entstehen, dass er sich nicht laufend über Corporate Actions informiert hat. Zudem ist es Aufgabe des Kunden, geeignete Maßnahmen im Hinblick auf solche Corporate Actions zu beschließen und der Bank rechtzeitig die erforderlichen Anweisungen zu erteilen, wobei die Bank diesbezüglich keinerlei Pflichten der Verwaltung oder Beratung hat. Die Ausführung dieser Anweisungen unterliegt gesetzlichen oder technischen Einschränkungen, die sich insbesondere aus den Systemen der Bank oder ihrer Korrespondenten oder Unterverwahrer und aus den Ausführungsfristen ergeben. Es besteht insbesondere die Möglichkeit, dass die Bank nur in der Lage ist, einige der vom Emittenten des Finanzinstruments im Rahmen der Corporate Action angebotenen Optionen auszuführen. Die Bank wird nicht im Rahmen von Corporate Actions in Bezug auf Finanzinstrumente tätig, für die sie keine Dienstleistungen für Annahme, Weiterleitung oder Ausführung von Orders zu Finanzinstrumenten erbringt. Die Inanspruchnahme der von der Bank angebotenen Verwahrdienste für Finanzinstrumente setzt die bedingungslose Annahme dieser technischen Einschränkungen durch den Kunden voraus.

- 23.2 Vorbehaltlich anderslautender Vereinbarungen nimmt die Bank die folgenden Geschäfte von sich aus vor oder lässt sie von sich aus durch ihre Korrespondenten oder Unterverwahrer vornehmen:
- Eingang oder Erhalt von Rückzahlungen, Prämien und Zuteilungen von Wertpapieren aller Art und von Beträgen im Zusammenhang mit den verwahrten Papieren sowie in Originalwährung (vorbehaltlich anderslautender Anweisung) erfolgende Gutschrift der entsprechenden Erträge auf dem Kundenkonto
 - Eingang von Dividenden, Zinsen und anderen dem Kunden gegebenenfalls geschuldeten Beträgen und Gutschrift ihrer Erträge auf dem Kundenkonto
 - Überwachung der Wertpapierbearbeitung, insbesondere durch Veranlassung von Tauschen, Erneuerungen von Kuponbögen, Abstempelungen, usw.

- Unter der Voraussetzung, dass die Bank hierüber rechtzeitig durch ihren Korrespondenten oder Unterverwahrer unterrichtet wurde, und ohne irgendeine andere Verantwortung als die Verantwortung für die Weitergabe der Information an den Kunden, die Unterrichtung des Kunden per E-Mail (sofern der Kunde der Bank eine gültige E-Mail-Adresse mitgeteilt hat), über eine Anzeige auf der Website oder auf jede andere Weise über Geschäfte, die eine Entscheidung erforderlich machen (Kapitalerhöhungen mit Zeichnungsrecht, öffentliches Kaufangebot), sofern die Bank technisch in der Lage ist, die angebotenen Optionen auszuführen, wobei diese Unterrichtung den Kunden nicht davon entbindet, sich gemäß Artikel 23.1 mit seinen eigenen Mitteln über jegliche Corporate Action auf dem neusten Stand zu halten.
- 23.3 Sofern keine Anweisungen des Kunden vorliegen und in der Mitteilung der Bank über das Geschäft keine anderslautenden Angaben gemacht werden, handelt die Bank wie folgt oder veranlasst ihre Korrespondenten oder Unterverwahrer, wie folgt zu handeln:
- Im Falle eines öffentlichen Kaufangebotes oder eines fakultativen Tausches fährt die Bank die Transaktion nicht aus, und die Papiere, deren Kauf oder Tausch angeboten wird, werden behalten.
 - Im Falle von Wahldividenden entscheidet sich die Bank automatisch für die Barausschüttung.
- 23.4 Die Bank kann ihre Kunden jederzeit über Änderungen dieser Vorgehensweise unterrichten.
- 23.5 Für die Ausführung oder Nichtausführung der vorstehend genannten Vorgänge haftet die Bank nur im Falle vorsätzlicher Pflichtverletzung oder groben Verschuldens ihrerseits. Wenn die Bank für die vorstehend genannten Geschäfte auf einen Korrespondenten oder Unterverwahrer zurückgreift, haftet sie außer im Falle groben Verschuldens der Bank bei der Auswahl ihrer Korrespondenten oder Unterverwahrer nur dann und in dem Rahmen, wenn bzw. in dem dieser Korrespondent oder Unterverwahrer gegenüber der Bank haftet.

24. Finanzielle Informationen

- 24.1 Über die Internetseite können die Kurse von Finanzinstrumenten sowie andere Finanzinformationen wie beispielsweise Informationen über Gesellschaften, Finanzinstrumente, laufende Emissionen usw. abgerufen werden. Dabei achtet die Bank darauf, dass sie diese Angaben aus den zuverlässigsten und renommiertesten Informationsquellen bezieht. All diese Informationen erhält die Bank jedoch durch Dritte, so insbesondere die Angaben zu bestimmten Kursen von den jeweiligen Börsen und Märkten selbst. Die Bank kann daher keine Garantie für die Richtigkeit dieser Informationen übernehmen und lehnt jede Haftung für Schäden ab, die sich aus einer etwaigen Fehlerhaftigkeit oder Nichtweitergabe dieser Informationen ergeben (was insbesondere entgangene Chancen und Gelegenheiten betrifft). Wenn Kursangaben in einer anderen Währung gemacht werden als der Währung, in der das Finanzinstrument notiert ist, haben diese Angaben rein informativen Charakter. Es ist Aufgabe des Kunden zu überprüfen, in welcher Währung das Finanzinstrument notiert ist, und die Währungsrisiken zu berücksichtigen, die sich aus einer Notierung in einer anderen Währung als dem Euro ergeben können.

DER SERVICE

25. Ausführungspolitik

- 25.1 Der Service gestattet es dem Kunden, der Bank auf elektronischem Wege Orders zu Finanzinstrumenten (nachstehend „Orders“) zu übermitteln. Die Bank leitet gültige Orders direkt nach Eingang auf elektronischem Wege an die betreffenden Märkte weiter, damit sie unverzüglich („in Echtzeit“) vorbehaltlich eventueller zusätzlicher Prüfungen, zu denen die Bank verpflichtet sein könnte, für Rechnung des Kunden von der Bank oder unter ihrer Verantwortung ausgeführt werden können, wobei es ihr freisteht, Korrespondenten hinzuzuziehen. Die Weiterleitung und Ausführung der Orders erfolgt nach Maßgabe dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen und zu den am Tage der Übermittlung der Order auf der Website genannten Bedingungen und Modalitäten, insbesondere hinsichtlich der Art der Finanzinstrumente und der betreffenden Märkte, der Art der bearbeiteten Orders, der Möglichkeiten des Verkaufs von auf einem Markt erworbenen Wertpapieren auf einem anderen Markt, usw.
- 25.2 Die Bank ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um bei der Ausführung, Übermittlung oder Platzierung der Orders das bestmögliche Ergebnis für den Kunden zu erzielen; hierbei berücksichtigt sie verschiedene Kriterien wie den Kurs, die Kosten, die Schnelligkeit und die Wahrscheinlichkeit der Ausführung und der Abwicklung, die Größe, die Art der Order oder alle sonstigen Aspekte in Bezug auf die Ausführung der Order. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, verfügt die Bank über eine Ausführungspolitik für die Kundenorders, die dem Kunden auf Anfrage mit den in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannten Benachrichtigungsmitteln übermittelt wird.
- 25.3 Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der Verpflichtung zur bestmöglichen Ausführung durch die Bank eine Verpflichtung zum Einsatz bestimmter Mittel darstellt.
- 25.4 Übermittelt der Kunde der Bank eine besondere Anweisung, ist die Bank nicht verpflichtet, die darin enthaltene Ausführungspolitik zu befolgen; sie wird jedoch bestrebt sein, eine Politik umzusetzen, die auf die Erzielung des bestmöglichen Ergebnisses abzielt.
- 25.5 Der Kunde wird darüber informiert, dass die Bank ihre Ausführungspolitik für die Kundenorders regelmäßig überprüft, so insbesondere bei jeder wesentlichen Änderung, die ihre Fähigkeit gefährden könnte, die Anforderung, das bestmögliche Ergebnis für den Kunden zu erzielen, zu erfüllen. In diesem Zusammenhang werden wesentliche Änderungen dieser Politik dem Kunden mit den in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannten Benachrichtigungsmitteln mitgeteilt.
- 25.6 Sobald der Kunde eine Anfrage zur Ausführung einer Order bei der Bank vorlegt, wird davon ausgegangen, dass er die Ausführungspolitik für die Kundenorders akzeptiert hat.
- 25.7 Jeder Kunde wird von der Bank in die Kategorie „Kleinanleger“ eingestuft. Der Kunde wird davon in Kenntnis gesetzt, dass die Bank im Rahmen der Anwendung ihrer Politik zur Klassifizierung von Kunden keine Anträge auf Änderung der Kategorie berücksichtigt. Infolgedessen genießt der Kunde in jedem Fall und zu jederzeit die Rechte und den Schutz, die ihm der Status des „Kleinanlegers“ verleiht.

- 25.8 Bevor der Kunde Zugang zum Dienst der Ausführung, Annahme und Weiterleitung von Orders zu Finanzinstrumenten erhält, um Transaktionen mit Finanzinstrumenten auszuführen, muss der der Bank das Niveau seiner Kenntnisse und Erfahrungen mit Finanzinstrumenten mitteilen, zu denen er Zugang haben möchte, indem er den Test der Kenntnisse und Erfahrungen ausfüllt, der auf der Website der Bank zur Verfügung steht. Diese Informationen sollen der Bank ermöglichen einzuschätzen, ob die Orders zu Finanzinstrumenten des Kunden im Hinblick auf die Kenntnisse und Erfahrungen des Kunden geeignet sind. Es liegt daher im Interesse des Kunden, den Test der Kenntnisse und Erfahrungen vollständig und präzise auszufüllen.
- 25.9 Die Informationen, die der Kunde diesbezüglich mitteilt, werden für richtig, vollständig und aktuell gehalten, und die Bank darf sich rechtswirksam an diese Informationen halten, bis sie vom Kunden die Mitteilung über eine Änderung oder eine Aktualisierung dieser Informationen erhält. Der Kunde verpflichtet sich, regelmäßig, bei Bedarf oder auf Anfrage der Bank die der Bank bezüglich seines Niveaus von Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich Anlegen zur Verfügung gestellten Informationen zu aktualisieren.
- 25.10 Die Bank behält sich ausdrücklich das Recht vor, ist jedoch nicht hierzu gezwungen, sofern das Gesetz es nicht vorschreibt, Kunden, die sich weigern, Informationen über ihr Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich Anlegen mitzuteilen, den Zugang zu ihren Anlagediensten und insbesondere zu ihrem Dienst der Ausführung, Annahme und Weiterleitung von Orders zu Finanzinstrumenten zu verweigern. Dieses Recht behält sich die Bank ebenfalls vor, wenn sie der Auffassung ist, dass die vom Kunden mitgeteilten Informationen bezüglich seines Niveaus von Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich Anlegen offensichtlich unrichtig, unvollständig oder veraltet sind.
- 25.11 Wenn die Bank von ihrem in Artikel 25.10 beschriebenen Recht keinen Gebrauch macht und einen oder mehrere ihrer Dienste einem Kunden zugänglich macht, der sich weigert, Informationen bezüglich seines Niveaus von Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich Anlegen mitzuteilen, oder der offensichtlich unrichtige, unvollständige oder veraltete diesbezügliche Informationen mitgeteilt hat, kann die Bank in Fällen, in denen sie gesetzlich hierzu verpflichtet ist, nicht überprüfen, ob die vom Kunden gewünschte Wertpapierdienstleistung oder das gewünschte Anlageprodukt für ihn geeignet ist.
- 25.12 Wenn ein Konto im Namen mehrerer Inhaber eröffnet wird, wird das von der Bank berücksichtigte Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen, um zu überprüfen, ob die auf diesem Konto erteilten Orders zu Finanzinstrumenten geeignet sind, nach folgenden Regeln bestimmt:
- Jeder Mitinhaber, der Orders zu Finanzinstrumenten erteilen möchte, muss den Test der Kenntnisse und Erfahrungen ausfüllen, der ihm auf der Website zur Verfügung steht. Jeder Mitinhaber, der Orders zu Finanzinstrumenten erteilen möchte, muss zudem angeben, dass er zustimmt, dass ein Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen, das höher ist als sein eigenes, berücksichtigt wird, wenn auf dem Konto Orders zu Finanzinstrumenten von einem anderen Mitinhaber des Kontos erteilt werden.
 - Wenn alle Mitinhaber zugestimmt haben, dass ein Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen, das höher ist als ihr eigenes, berücksichtigt wird, wenn auf dem Konto Orders zu Finanzinstrumenten erteilt werden, schätzt die Bank die Eignung dieser Orders auf der Basis des

Tests der Kenntnisse und Erfahrungen desjenigen ein, der die Order erteilt.

- Wenn einer oder mehrere befragte Mitinhaber abgelehnt haben, dass ein Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen, das höher ist als ihr eigenes, berücksichtigt wird, wenn auf dem Konto Orders zu Finanzinstrumenten erteilt werden, schätzt die Bank die Eignung der Orders auf der Basis des Tests der Kenntnisse und Erfahrungen desjenigen ein, der die Order erteilt, weist jedoch gegebenenfalls darauf hin, dass das Finanzinstrument für dieses Konto nicht geeignet ist.

- Wenn alle Mitinhaber kein Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen in Bezug auf das Konto angegeben haben, schätzt die Bank die Eignung der Orders auf der Basis des Tests der Kenntnisse und Erfahrungen desjenigen ein, der die Order erteilt, weist diesen jedoch darauf hin, dass sie aufgrund der Tatsache, dass das Niveau von Kenntnissen und Erfahrungen keines der Mitinhaber bestimmt werden konnte, nicht in der Lage ist, zu bestimmen, ob das Finanzinstrument für das Konto geeignet ist oder nicht.

- 25.13 Ein Kunde, der gemäß Artikel 6 eine Vollmacht erteilt hat, die dem Bevollmächtigten ermöglicht, im Namen und auf Rechnung des Kunden Zugang zu den von der Bank erbrachten Wertpapierdienstleistungen zu haben, insbesondere zur den Diensten der Ausführung, Annahme und Weiterleitung von Orders zu Finanzinstrumenten, akzeptiert ausdrücklich, dass sein Konto für die Anwendung dieses Artikels wie ein auf mehrere Inhaber eröffnetes Konto behandelt wird und dass der Bevollmächtigte für die Anwendung dieses Artikels wie ein Mitinhaber des Kontos behandelt wird.
- 25.14 Bei der Entgegennahme, der Weiterleitung oder Ausführung von Orders zum Kauf oder Verkauf auf einem geregelten Markt, zur Zeichnung, zum Rückkauf oder zur Umwandlung von Finanzinstrumenten sowie im Rahmen von Tauschgeschäften wird die Bank als Bevollmächtigter und nicht als Vertragspartner ihrer Kunden tätig.
- 25.15 Die Bank führt nur ordnungsgemäß eingegangene Orders aus. Im Sinne dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt eine Order dann als ordnungsgemäß bei der Bank eingegangen, wenn alle nachfolgend genannten Bedingungen erfüllt sind:
- Der Kunde hat seine Order unter Verwendung seiner Geheimcodes, seines Softkey oder Hardkey und nach den Anweisungen auf der Internetseite ausschließlich mittels der dort hinterlegten elektronischen Kommunikationsfunktionen erstellt und übermittelt, wobei als vereinbart gilt, dass sich die Bank bemüht, die nicht auf elektronischem Wege übermittelten Orders innerhalb einer angemessenen Frist auszuführen, wozu sie jedoch nicht verpflichtet ist; dies gilt jedoch nur dann, wenn die Übermittlung auf elektronischem Wege wegen technischer Probleme nicht möglich war; in diesem Fall gilt die vom Kunden per Fax, Brief oder gegebenenfalls elektronisch übermittelte Order dann als von ihm und mit seinem Einverständnis übermittelt, wenn sie mit der in Artikel 6 (*Identifizierung des Kunden, Zeichnungsberechtigung und Vollmacht*) genannten Unterschrift versehen ist; hierbei ist die Bank zu keiner weiteren Prüfung verpflichtet und kann in keiner Weise haftbar gemacht werden, wenn sie zu der Auffassung gelangt, dass diese Unterschrift nicht ausreichend mit den in Artikel 6 (*Identifizierung des Kunden, Zeichnungsberechtigung und Vollmacht*) genannten Unterschriften übereinstimmt und sie die Ausführung der Order ohne weitere Benachrichtigung verweigert.
 - Das auf dem Konto des Kunden verfügbare Guthaben umfasst (im Falle des Kaufs in Form von Barmitteln und im Falle des Verkaufs in Form von Wertpapieren) eine angemessene und ausreichende Deckung für die Ausführung der Order, einschließlich der damit verbundenen Steuern und Gebühren.

- Die elektronische Kommunikation, mit der die Order übermittelt wurde, wurde dem Kunden durch den Erhalt einer Vorgangsnummer für die übermittelte Order bestätigt. Jede ordnungsgemäß übermittelte Order wird unverzüglich zur Ausführung an den betreffenden Markt weitergeleitet. Es wird ausdrücklich vereinbart, dass die Bank die Ausführung einer Order verweigern kann, wenn das Konto keine ausreichende Deckung aufweist. Die Bank kann jedoch in keiner Weise für die Ausführung einer nicht durch ein ausreichendes Guthaben abgedeckten Order haftbar gemacht werden, und Annahme und Ausführung der Order stehen den vorstehenden und insbesondere den in Artikel 11 und 12 genannten Rechten der Bank nicht entgegen. Wir machen den Kunden darauf aufmerksam, dass es bei der Erteilung einer Order zum Marktpreis möglich ist, dass der Ausführungspreis über dem Preis liegt, der für die zum Zeitpunkt der Ordererteilung erfolgte Berechnung der erforderlichen Deckung zugrunde gelegt wurde. Ausgesprochen hoch ist dieses Risiko auf den besonders spekulativen Märkten oder wenn sich die Order auf ein Finanzinstrument bezieht, das nach einem Öffentlichen Zeichnungsangebot („IPO“) zum ersten Mal notiert wird.

- 25.16 Eine Bitte um Rückgängigmachung einer Order wird von der Bank erst zum Zeitpunkt ihres ordnungsgemäßen Eingangs berücksichtigt, und diese Bitte gilt erst dann als ordnungsgemäß eingegangen, wenn sie mutatis mutandis gemäß den Regelungen dieses Artikels übermittelt wurde.
- 25.17 Die Bank übernimmt keine Garantie dafür, dass sie der Bitte um Rückgängigmachung einer Order nachkommen kann, insbesondere dann nicht, wenn der ordnungsgemäße Eingang eines solchen Ersuchens erst dann erfolgt, wenn die rückgängig zu machende Order bereits ausgeführt wurde oder wenn diese Rückgängigmachung angesichts der auf den betreffenden Märkten geltenden Regelungen und Modalitäten nicht möglich ist. Im Sinne dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen gilt eine Bitte um Rückgängigmachung einer Order allgemein als eine von der rückgängig zu machenden Order getrennte neue Order.
- 25.18 Die Orders des Kunden unterliegen den in den jeweiligen Ländern und Märkten geltenden Bestimmungen.
- 25.19 Sie können nur dann ausgeführt werden, wenn sie diesen Bestimmungen genügen und alle dort vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen. Die Bank übernimmt keinerlei Haftung für die Nichtausführung einer Order (s. vorstehend), die sich aus einer fehlenden Übereinstimmung dieser Order mit den geltenden Bestimmungen oder aus irgendeinem anderen sich aus der Anwendung dieser Bestimmungen resultierenden Grund ergibt (z. B. - ohne Anspruch auf Vollständigkeit -: Schließung von Märkten, Aussetzung der Notierung usw.). Wir machen den Kunden ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sich die geltenden Bestimmungen je nach Land und Markt unterscheiden (z. B. im Hinblick auf die Mindestmengen der zu verkaufenden/kaufenden Wertpapiere, die für eine Order geltenden Fristen für die Ausführung oder Rückgängigmachung, die Liquidationsfristen usw.). Im Zweifelsfall muss der Kunde sich, gegebenenfalls über das Helpdesk der Bank, über die Bestimmungen informieren. Die Bank ist nicht verpflichtet, diese Bestimmungen auf der Website zu veröffentlichen.

26. Fehlende Beratung und ohne Kontomanagement

- 26.1 Der Service umfasst keinerlei Beratung zur Kontoverwaltung, und die Bank hat auch einen Auftrag hierfür. Die auf der Internetseite veröffentlichten Kurse und anderen Finanzinformationen stellen auf keinen Fall eine Verkaufs- oder Kaufempfehlung oder irgendeine sonstige Form der Beratung dar. Der Service umfasst keinerlei Rechts- oder Steuerberatung gleich welcher Art.

27. Anreize

- 27.1 Im Rahmen der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen kann die Bank Auszahlungen, Vergütungen, Kommissionen oder andere nicht monetäre Leistungen von Dritten erhalten oder an Dritte weitergeben (die „Leistungen“). Diese werden als Gegenleistung für durch den Empfänger erbrachte Dienstleistungen gezahlt, um die Qualität der Dienstleistung für die Kunden zu verbessern.
- 27.2 Die Kunden können von der Bank auf Anfrage zusätzliche Informationen hierzu erhalten, auch über die Berechnungsweise der üblicherweise berechneten Vergütungen, Kommissionen oder Leistungen.

28. Geheimcodes und Keytrade-Tokens

- 28.1 Die drei Codes (Login, Passwort und Tradingpasswort) und die Keytrade-Tokens (Softkeys und Hardkeys), die dem Kunden übermittelt werden, sind vom Kunden persönlich und vertraulich zu behandeln, und er trägt die volle Verantwortung für eine etwaige Weitergabe dieser Codes und der Keytrade-Tokens an Dritte. Alle mit den Codes oder Keytrade-Tokens eines Kunden erteilten Orders werden daher als von diesem Kunden oder mit seinem Einverständnis und unter seiner alleinigen Verantwortung übermittelt betrachtet.
- 28.2 Im Falle des Verlustes oder Diebstahls oder einer betrügerischen Verwendung eines dieser Codes oder Keytrade-Tokens ist der Kunde zur schnellstmöglichen Benachrichtigung der Bank verpflichtet. Das Konto wird auf Wunsch des Kunden schnellstmöglich durch die Bank gesperrt, falls eine solche Mitteilung des Kunden über die Benachrichtigungsmittel eingeht.

29. Erreichbarkeit des Service und technische Störungen

- 29.1 Die Bank verpflichtet sich zum Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden angemessenen Mittel, um den Zugang zu ihren Websites und die Nutzung des Service zu gewährleisten, wozu sie adäquate technische Mittel einsetzt, die in technischen Normen und der guten Praxis in diesem Bereich entsprechen. Trotz dieser Bemühungen können bei der Bank, ihren Korrespondenten oder auf den betreffenden Märkten bestimmte technische Probleme auftreten. Ebenso können zwischen dem Kunden, der Bank, ihren Korrespondenten oder den betreffenden Märkten Probleme bei der elektronischen oder sonstigen Übermittlung auftreten und die Übermittlung gültiger Orders oder nach Eingang einer gültigen Order bei der Bank deren Ausführung unmöglich machen. Gegebenenfalls und unbeschadet des Rechts der Bank, sich auf höhere Gewalt und die Tatsache zu berufen, nur einer Mittel- und keiner Ergebnisverpflichtung zu unterliegen, übernimmt die Bank daher keinerlei Haftung im Falle einer die Übermittlung gültiger Orders unmöglich machenden Nichterreichbarkeit der

Websites und des Service oder im Falle der nicht oder nur teilweise erfolgten, der fehlerhaften oder verspäteten Ausführung einer ordnungsgemäß eingegangenen Order (nachstehend gemeinsam bezeichnet als „Nichterfüllung“), wenn diese Nichterreichbarkeit oder Nichterfüllung auf eine technische Störung (einschließlich von Übermittlungsproblemen) zurückzuführen ist, die sich einer angemessenen Kontrolle der Bank entzieht. Dazu gehören insbesondere:

- technische Störungen bei den Korrespondenten der Bank oder auf den betreffenden Märkten (z. B. bei Überlastung einer Börse)
- Unterbrechung einer Leitung oder eines anderen Kommunikationsweges
- Ausfälle der Geräte der Bank
- unvorhersehbare Softwareprobleme
- hohe Besucherzahlen auf der Website und Überlastung der Systeme der Bank
- Stromausfall
- behördliche Entscheidungen, einschließlich Entscheidungen der für die Märkte zuständigen Behörden, oder
- Streiks, Diebstähle und andere Ereignisse mit gleicher Wirkung

29.2 Angesichts der vorstehend genannten technischen Probleme kann es vorkommen, dass auf der Website Angaben zum Status einer Order erscheinen („executed“, „waiting“ oder „rejected“), die nicht mit ihrem tatsächlichen Status übereinstimmen. Wir weisen daher darauf hin, dass nur die auf der Ausführungsanzeige genannten Angaben maßgeblich sind.

29.3 Wenn die Bank durch den Kunden, durch ihre Korrespondenten oder die betreffenden Märkte über ein solches Problem unterrichtet wird, ist sie berechtigt, die Fehler zu berichtigen, indem sie gegebenenfalls die erforderlichen Anpassungen auf dem Konto des Kunden vornimmt und die Orders in nicht automatisierter Form oder auf einem beliebigen sonstigen Wege weitergibt. Alle Mitteilungen der Bank zum Status einer Order, die nicht über die üblichen Funktionen des Service auf der Website, sondern per Fax, usw. ausgegeben werden, haben Vorrang vor den auf der Website erscheinenden Angaben.

29.4 Der Kunde ist verpflichtet, die Bank schnellstmöglich über alle technischen Probleme, Übermittlungsprobleme oder Funktionsstörungen zu unterrichten, die ggf. bei der Nutzung des Service feststellt.

29.5 Die Bank kann den Service ganz oder teilweise ohne Vorankündigung aussetzen:

- um einer etwaigen Schwäche oder Betriebsstörung ihrer Geräte, Software oder Kommunikationsmittel vorzubeugen oder eine solche Schwäche oder Störung zu beheben,
- wenn die Bank dies für sinnvoll erachtet, beispielsweise - jedoch nicht ausschließlich - im Falle von Hackingversuchen, der versuchten Aneignung von Geldern oder
- um die Wartung zu ermöglichen oder Verbesserungsmaßnahmen am Service vorzunehmen.

29.6 Wenn dies in zumutbarem Rahmen möglich ist, bemüht sich die Bank, den Kunden innerhalb einer angemessenen Frist über die geplanten Unterbrechungen zu unterrichten. Die Bank haftet nicht für Schäden, die sich möglicherweise aus diesen Unterbrechungen des Service ergeben.

30. Tarife

- 30.1 Die Bank wird als Bevollmächtigte für Börsengeschäfte tätig. Alle Preise der Bank (Courtagen, Kosten, usw.) werden online auf der Website veröffentlicht und werden auf Anfrage, die schriftlich an die Adresse des Geschäftssitzes der Bank zu richten ist, mitgeteilt. Die Tarife können von der Bank jederzeit geändert werden. Für die einzelnen Geschäfte (insbesondere die Ausführung von Orders) gelten die am Tage des Geschäfts auf der Website veröffentlichten Tarife. Die am Tage des Geschäfts online veröffentlichten Tarife haben stets Vorrang vor den zuvor genannten Tarifen. Tarifänderungen werden fünf (5) Werktage im Voraus durch Bekanntgabe auf der Website veröffentlicht.

VERSCHIEDENES

31. Ablehnung von Transaktionen

- 31.1 Die Bank kann einen Kunden oder die Durchführung irgendeines Geschäfts (Annahme eines Depots, Rücknahme, Transfer, Ausführung einer Order usw.) verweigern, wenn dies mit ihren gesetzlichen oder berufsständischen Verpflichtungen als professioneller Anbieter des Finanzsektors kollidiert. Die Bank kann sich außerdem in folgenden Fällen weigern, Mitteilungen oder Anträge auf Durchführung eines Geschäfts zu berücksichtigen und ihnen Folge zu leisten, muss dies aber nicht:
- wenn sie der Ansicht ist, dass die Mitteilung oder der Antrag unvollständig, uneindeutig oder aus irgendeinem Grunde nicht ausführbar ist,
 - wenn die Mitteilung oder der Antrag oder die ihr bzw. ihm beiliegenden Dokumente in einer anderen Sprache als der niederländischen, deutschen, französischen oder englischen Sprache verfasst sind,
 - wenn Zweifel an der Übereinstimmung der Mitteilung oder des Antrages mit der/den hinterlegten Unterschrift(en) bestehen und/oder die Bank Grund zu der Annahme hat, dass die Unterschrift nicht von dem Kunden (oder seinem Bevollmächtigten) stammt,
 - wenn sie bzw. er sich auf einen Gegenstand bezieht, für den die Bank Standardformulare für den Kunden bereithält (Vollmacht usw.), ohne dass diese Formulare verwendet wurden, oder wenn
 - die Mitteilung auf einem anderen Wege als in der gültigen Form gemäß Definition in Artikel 10 (*Benachrichtigungsmittel*) erfolgte. In diesen Fällen unterrichtet die Bank den Kunden innerhalb einer angemessenen Frist auf die von ihr für am geeignetsten erachtete Weise (gegebenenfalls per Telefon). Es obliegt jedoch dem Kunden, sich von sich aus über den Stand der Ausführung einer Order oder einer an die Bank ergangenen Anweisung zu unterrichten. Sollte die Bank dennoch beschließen, eine solche Mitteilung oder einen solchen Antrag zu berücksichtigen und ihr bzw. ihm Folge zu leisten, ohne den Kunden zuvor darüber in Kenntnis zu setzen, trägt allein der Kunde die mit der Ausführung der von der Bank erhaltenen Anweisung verbundenen Risiken, die sich insbesondere aus der Unvollständigkeit oder Uneindeutigkeit der Mitteilung oder des Antrages ergeben.
- 31.2 Die Bank kann sich entweder (ganz oder teilweise) weigern, ein nicht ausreichend abgedecktes Geschäft auszuführen, oder dieses Geschäft aufschieben. Insbesondere aufgrund der elektronischen Bearbeitung der Geschäfte durch die Bank ist diese nicht verpflichtet, den Kunden darüber zu

unterrichten, wenn ein Geschäft mangels ausreichender Deckung nicht ausgeführt wurde. Die vorstehende Regelung wird ausschließlich zugunsten der Bank vereinbart. Die Bank kann daher niemals für die nicht erfolgte Ausführung eines Geschäfts haftbar gemacht werden, für das das Konto des Kunden keine ausreichende Deckung aufwies.

- 31.3 Wenn die Bank ein nicht ausreichend gedecktes Geschäft (einschließlich einer Order) ausführt, ist der Kunde zum schnellstmöglichen Ausgleich dieses Fehlbetrages verpflichtet, und die Bank kann zum Ausgleich dieses Fehlbetrages alle ihre durch diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorgesehenen Rechte wahrnehmen.

32. Ausführungsmodalitäten der Rückgabepflicht der Bank

- 32.1 Der Kunde akzeptiert ausdrücklich und bedingungslos, dass die Bank als Verwahrer der Guthaben ihres Kunden befugt ist, sich von sich aus von ihrer Rückgabepflicht durch irgendein anderes Mittel als in Form von Bargeld, so insbesondere durch Überweisung, zu befreien.

33. Schutz der Einlagen

- 33.1 Die Bank ist zusammen mit anderen Branchenvertretern des Finanzplatzes Luxemburg dem System zur Garantie der Einlagen des Verbandes zur Einlagensicherung (Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg — A.G.D.L.) beigetreten. Auf Wunsch legt die Bank Informationen zu diesem Einlagensicherungssystem vor.

33.2 Garantie für die Einleger und die Anleger

Die Bank ist Mitglied des Fonds de garantie des dépôts Luxembourg (Einlagensicherungsfonds Luxemburg, FGDL), der im Falle einer Insolvenz der Bank den Schutz der Einlagen des Kunden sicherstellt. Unter bestimmten Bedingungen ist eine Entschädigung der Einleger in Höhe von 100.000 Euro vorgesehen (wobei die Höhe der Sicherung in den *gesetzlich* vorgesehenen Fällen auf 2.500.000 Euro angehoben werden kann). Das Formular mit den Informationen zu diesem Schutz der Einlagen des Kunden ist den Allgemeinen Geschäftsbedingungen beigelegt und wird dem Kunden jedes Jahr zugeschickt.

Die Bank ist auch Mitglied des Système d'Indemnisation des Investisseurs Luxembourg (Anlegerentschädigungssystem Luxemburg, SIIL), das im Falle einer Insolvenz der Bank den Schutz der Gelder und Finanzinstrumente des Kunden in Verbindung mit den Investitionsgeschäften sicherstellt. Unter bestimmten Bedingungen ist eine Entschädigung des Kunden in Höhe von 20.000 Euro vorgesehen. Die Informationen zu diesem Schutz stehen auf der Website des SIIL zur Verfügung und werden dem Kunden auf seine Anfrage hin zugeschickt.

34. Reklamationen

- 34.1 Alle Beanstandungen, Reklamationen oder Beschwerden (nachstehend „Reklamation“) sind per Post oder auf elektronischem Wege an die Compliance-Abteilung der Bank zu richten:
Keytrade Bank Luxembourg
Département Compliance
62, rue Charles Martel
L-2134 Luxembourg
Oder per E-Mail: compliance@keytradebank.lu
- 34.2 Der Kunde verpflichtet sich, seine Reklamation so schnell wie möglich unter Angabe seiner Kontonummer, seines Namens und seiner Anschrift mit einer kurzen Begründung zu übermitteln.
- 34.3 Die Bank verpflichtet sich, dem Kunden innerhalb von zehn (10) Werktagen nach Eingang der Reklamation eine Empfangsbestätigung zukommen zu lassen, sofern nicht die Antwort selbst dem Kunden innerhalb dieser Frist zugeht. Die Bank verpflichtet sich auch, Reklamationen innerhalb eines (1) Monats ab dem Tage des Eingangs zu bearbeiten.
- 34.4 Erhält der Kunde keine Antwort oder betrachtet er die Antwort als nicht zufriedenstellend, kann der Kunde seine Reklamation per Post oder auf elektronischem Weg erneut an die Geschäftsleitung einsenden:
Keytrade Bank Luxembourg
Direction
62, rue Charles Martel
L-2134 Luxembourg
Oder per E-Mail: info@keytradebank.lu – Betreff: Reklamation zu Händen der Geschäftsleitung
- 34.5 Erhält der Kunde keine Antwort von der Geschäftsleitung oder betrachtet er die Antwort als nicht zufriedenstellend, kann der Kunde bei der CSSF das Verfahren zur außergerichtlichen Beilegung von Reklamationen gemäß den CSSF-Verordnungen 16-07 und 17-671 einleiten. Das Beschwerdeformular sowie alle erforderlichen Informationen stehen dem Kunden unter der Adresse: <http://www.cssf.lu/consommateur/reclamations/> zur Verfügung.

35. Aufbewahrung von Informationen

- 35.1 Es ist Aufgabe des Kunden, alle geeigneten Maßnahmen zur Aufbewahrung der von der Bank ausgegebenen Informationen zu ergreifen (Transaktionsnummer, Kontoauszüge, Transaktionshistorie, Portfoliostand, usw.). Wenn diese Informationen auf elektronischem Wege übermittelt wurden und im Speicher des Computers des Kunden gespeichert sind, empfehlen wir dem Kunden, einen Ausdruck dieser Informationen aufzubewahren. Alle angeforderten Zweitausfertigungen werden von der Bank in Rechnung gestellt.

36. Tod und Erbe

- 36.1 Unbeschadet der besonderen gesetzlichen Bestimmungen, denen das Gemeinschaftskonto unterliegt, muss die Bank unverzüglich vom Tod eines Kunden oder seines Ehegatten in Kenntnis gesetzt werden. Erfolgt eine solche Mitteilung durch die Erben und/oder Rechtsnachfolger oder ihre Bevollmächtigten nicht, lehnt die Bank jede Haftung dafür ab, wenn die Mitinhaber oder Bevollmächtigten nach dem Tode des Kunden über seine Kontoguthaben verfügen. Die Bank ist auf keinen Fall verpflichtet, sich selbst über den Tod ihrer Kunden zu informieren.
- 36.2 Die Guthaben, die die Bank im Namen des Verstorbenen hält, werden gegen Vorlage offizieller Dokumente zum Erbanfall sowie aller anderen von der Bank für erforderlich oder hilfreich erachteten Dokumente zugunsten der Erben und/oder wirtschaftlich Berechtigten freigegeben. Diese Dokumente werden von der Bank sorgfältig geprüft, sie haftet jedoch nur im Falle groben Verschuldens bei der Prüfung ihrer Echtheit, Gültigkeit, Übersetzung oder Auslegung, insbesondere wenn es sich um im Ausland erstellte Dokumente handelt.
- 36.3 Der Kunde bestätigt und akzeptiert, dass die Bank bei der Auseinandersetzung seines Erbes Informationen zu den Konten und den von ihm getätigten Geschäften an die mit der Organisation der Erbauseinandersetzung beauftragten Personen oder an Behörden weitergeben kann.
- 36.4 Alle Geschäfte in Zusammenhang mit den zum Nachlass gehörenden und auf den Namen des Verstorbenen oder seines in Gütergemeinschaft lebenden Ehepartners verzeichneten Guthaben können dem schriftlichen Einverständnis der Erben oder Rechtsnachfolger unterliegen, denen das von der Bank gehaltene Nachlassvermögen ganz oder teilweise zusteht.
- 36.5 Die Bank sendet die Korrespondenz in Zusammenhang mit den von ihr im Namen des Verstorbenen gehaltenen Guthaben an die von allen Erben und/oder Rechtsnachfolgern einvernehmlich angegebene Anschrift. Liegen solche Anweisungen nicht vor, wird sie an die letzte bekannte Adresse des Verstorbenen oder an eine beliebige sonstige Person gesendet, die mit der Wahrnehmung der Interessen der Rechtsnachfolger beauftragt ist.

37. Beweiskraft

- 37.1 Der Inhalt und das Empfangs- und Versanddatum aller von der Bank auf einem permanenten Datenträger gespeicherten Kommunikationen haben bis zum Beweis des Gegenteils dieselbe Beweiskraft wie ein schriftliches und unterzeichnetes Original auf Papier.
- 37.2 Die von der Bank auf einem permanenten Datenträger gespeicherten Informationen zu den Verträgen, Geschäften und Zahlungen haben bis zum Beweis des Gegenteils dieselbe Beweiskraft wie ein von allen Parteien unterzeichnetes Original auf Papier.
- 37.3 Die Bücher und Dokumente der Bank werden bis zum Beweis des Gegenteils als beweiskräftig betrachtet. Unabhängig von der Art oder dem Betrag einer zu belegenden Rechtshandlung kann die Bank in Zivil- und Handelssachen stets Beweise in Form von Kopien oder Reproduktionen des

Originaldokuments vorlegen. Sofern der Kunde keinen gegenteiligen Nachweis erbringt, haben die Kopie oder die Reproduktion des Dokuments dieselbe Beweiskraft wie das Original.

- 37.4 Die Bank kann den Zugang zu der Website und zu den Anwendungen für Mobiltelefone mit allen geeigneten elektronischen Mitteln nachweisen. Die im EDV-System der Bank gespeicherten nicht veränderbaren Spuren des Zugangs gelten als Nachweis für diesen Zugang.
- 37.5 Der Kunde erkennt an und akzeptiert ausdrücklich, dass jedes Telefongespräch zwischen ihm und der Bank unabhängig davon, ob der Anruf von der Bank oder vom Kunden getätigt wurde, aufgezeichnet werden kann. Die Aufzeichnung hat dieselbe Beweiskraft wie ein von allen Parteien unterzeichnetes Original auf Papier und kann im Falle eines Rechtsstreits vor Gericht vorgelegt werden.
- 37.6 Der Kunde kann dazu aufgefordert werden, zusätzliche, abändernde oder abweichende Bestimmungen zu akzeptieren, die allgemein oder speziell für bestimmte Produkte oder Services gelten. Die Zustimmung des Kunden zu diesen zusätzlichen, abändernden oder abweichenden Bestimmungen gilt als erteilt, sobald er auf der Website eine Akzeptieren-Schaltfläche anklickt. Der Nachweis dieser Annahme kann von der Bank mit allen geeigneten elektronischen Mitteln erbracht werden.
- 37.7 Diese Klausel beschränkt in keiner Weise die Beweismodalitäten, die sich aus den gegebenenfalls geltenden Bestimmungen zur elektronischen Signatur ergeben.

38. Outsourcing

- 38.1 Der Kunde nimmt zur Kenntnis und akzeptiert ausdrücklich, dass die Bank bestimmte Aufgaben, Aktivitäten und/oder Dienstleistungen an externe Dienstleister vergeben kann, die ihren Sitz außerhalb Luxemburgs haben und mitunter keiner aufsichtsrechtlichen Kontrolle unterstehen.
- 38.2 In diesem Zusammenhang akzeptiert der Kunde ausdrücklich, dass seine personenbezogenen Daten wie sein Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, steuerlicher Sitz, Steuernummer, Nummer seines Passes oder Personalausweises / Firmenbezeichnung, Gründungsdatum, Tätigkeit, Nummer des Eintrags im Handelsregister, Kontaktpersonen und jegliche andere Informationen über den Kunden und/oder den wirtschaftlich Berechtigten und/oder bevollmächtigten Vertreter, die der Kunde der Bank zur Verfügung gestellt hat, (die „personenbezogenen Daten“) und ganz allgemein alle Informationen über die Vermögenslage und die Guthaben der Kunden im Rahmen des Outsourcing der Verwaltung des IT-Systems und der Kundendatenbanken an Keytrade Bank* in Belgien übermittelt werden.
- 38.3 Zudem wird darauf hingewiesen, dass Keytrade Bank* ihre eigenen Dienstleister mit Sitz in Belgien in Anspruch nehmen kann, um die an sie im Rahmen des Outsourcing vergebenen Dienste zu erbringen, insbesondere im Zusammenhang mit der Archivierung von Daten und der Kommunikation mit den Kunden (geschäftliche Kommunikation, Postversand, Versand von Identifizierungsschlüsseln und Alarmdienste per SMS).

* Keytrade Bank, eine belgische Tochtergesellschaft der Arkéa Direct Bank SA (Frankreich), eine Crédit Mutuel Arkéa Filiale

- 38.4 Im Rahmen ihrer beruflichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bekämpfung von Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und der Einhaltung der Liste internationaler finanzieller Sanktionen nimmt der Kunde zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Bank die Überprüfung ihrer Kunden auf Grundlage der offiziellen Listen internationaler Sanktionen an Crédit Mutuel Arkéa[†] in Frankreich überträgt. Die im Rahmen dieser Verpflichtungen verarbeiteten Daten wie Name und Vorname werden von Crédit Mutuel Arkéa 3 Monate lang gespeichert, wobei für Keytrade Bank eine längere Speicherdauer gilt.
- 38.5 Der Kunde willigt ein, alle Konsequenzen zu tragen, die sich aus der Übermittlung und/oder Offenlegung von Informationen an bzw. gegenüber externen Dienstleistern ergeben, und akzeptiert, dass die Bank nicht für jegliche entstandenen Verluste, Schäden oder Kosten haftet. Die Übermittlung und/oder Offenlegung von Informationen an bzw. gegenüber externen Dienstleistern bleiben solange bestehen, wie der Kunde eine Geschäftsbeziehung mit der Bank hat.
- 38.6 Der Kunde hat zudem das Recht auf Zugang zu seinen personenbezogenen Daten sowie auf deren Berichtigung, indem er ein Schreiben an die Bank an deren Sitz richtet.
- 38.7 Der Kunde kann seine Zustimmung jederzeit per eingeschriebenem Brief an die Adresse der Bank widerrufen. Der Kunde ist sich indessen bewusst, dass ein solcher Widerruf als eine Kündigung der von der Bank erbrachten Dienstleistungen, deren Outsourcing erforderlich ist, betrachtet wird.

39. Geistiges Eigentum

- 39.1 Die dem Service zugrunde liegende Software und der Inhalt der Website, insbesondere Marken und Logos, werden durch Urheberrechte geschützt. Software, Material, Texte, Informationen, Bilder und alle sonstigen Werke, auf der Website zugegriffen werden kann oder die dort zu sehen sind, dürfen nicht kopiert, reproduziert, genutzt, verbreitet, heruntergeladen, gepostet oder in irgendeiner Form oder mit irgendeinem Mittel, darunter u. a. elektronische oder mechanische Mittel, Fotokopien und Aufzeichnungen, übertragen werden. Der Kunde darf die Website oder die Anwendungen für Mobiltelefone oder ihren Inhalt auf keinen Fall ohne vorherige ausdrückliche und schriftliche Genehmigung durch die Bank auf einem anderen Server duplizieren.
- 39.2 Der Kunde verfügt über keinerlei geistiges Eigentumsrecht an der Website (und soweit erforderlich verzichtet er darauf) oder gegebenenfalls an der Plattform Keytrade Pro oder an irgendeinem ihrer verbalen, visuellen oder funktionalen Komponenten. Bei einer Verletzung der Urheberrechte der Bank oder eines Dritten an der Website oder der Plattform Keytrade Pro oder den Anwendungen für Mobiltelefone oder irgendeinem ihrer verbalen, visuellen oder funktionalen Komponenten durch den Kunden haftet dieser gegenüber der Bank für alle der Bank und/oder einem Dritten entstandenen Schäden und hat die Bank für den ihr entstandenen Schaden sowie für jeden Schaden, der von einem Dritten gegenüber der Bank infolge einer Verletzung dieser Bestimmungen durch den Kunden geltend gemacht wird, vollständig zu entschädigen.

[†] Crédit Mutuel Arkéa SA, Muttergesellschaft von Keytrade Bank Luxembourg SA

40. Begrenzung der Haftung der Bank

- 40.1 Die Bank haftet nur für durch sie begangene arglistige Täuschung und eigenes grobes Verschulden. Sie haftet nicht für leichte Fahrlässigkeit oder irgendein anderes Verschulden. Alle Verpflichtungen der Bank sind Mittel- und keine Ergebnisverpflichtungen.
- 40.2 In allen Fällen, in denen die Bank haftbar gemacht wird, ist diese Haftung auf direkte Schäden, das heißt auf Schäden beschränkt, die sich zwangsläufig und unvermeidlich aus dem Verschulden der Bank ergeben. Die Bank kann auf keinen Fall zu Entschädigungen für indirekte Schäden wie finanzielle, geschäftliche oder sonstige Schäden, Gewinnausfälle, Erhöhung der allgemeinen Kosten, Beeinträchtigung einer Planung sowie für den Verlust von Erträgen, Bekanntheit, Kunden oder eingeplanten Ersparnissen herangezogen werden. Die Bank haftet nicht für den Verlust der Möglichkeit, Gewinne zu erzielen oder Verluste zu vermeiden.
- 40.3 Die Bank kann auch nicht für Schäden haftbar gemacht werden, die sich für den Kunden direkt oder indirekt aus Fällen höherer Gewalt oder aus Maßnahmen luxemburgischer oder ausländischer Behörden ergeben. Folglich haftet sie nicht für die nachteiligen Folgen, die sich unter anderem aus den nachstehend nicht erschöpfend aufgeführten Ursachen ergeben:
- der rechtlichen Handlungsunfähigkeit des Kunden, seiner Bevollmächtigten, Erben, Vermächtnisnehmer und wirtschaftlich Berechtigten;
 - dem Tod des Kontoinhabers, solange dieser der Bank nicht mitgeteilt wurde;
 - einem Fehler in Bezug auf die Erbfolge des verstorbenen Kunden;
 - einem Brand oder einer Überschwemmung;
 - dem Streik ihrer Mitarbeiter;
 - Vorgängen, die von Personen angeordnet wurden, die im Falle von Krieg, Störungen, Aufständen oder Besetzung des Gebietes durch ausländische oder rechtswidrige Truppen die tatsächliche Gewalt ausüben;
 - behördlichen Entscheidungen, einschließlich Entscheidungen der für die Märkte zuständigen Behörden;
 - Fehlern oder einer Unterbrechung der Tätigkeit luxemburgischer oder ausländischer Anbieter von Telegrafien-, Telefon- oder Postleistungen, privater Transportgesellschaften oder irgendeines anderen Leistungserbringers der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie 2000/31/EG vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt oder
 - gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Beschränkungen Luxemburgs oder des Auslands, die es verhindern, dass der Bank übergebene Finanzinstrumente von den Korrespondenten der Bank an die Bank oder von der Bank an ihre Kunden zurückgegeben werden.
- 40.4 Die Bank ist nur in dem durch Gesetz und geltende Bestimmungen gesetzten Rahmen dazu verpflichtet, die Richtigkeit der ihr vom Kunden im Kontoeröffnungsantrag oder anderer Stelle gemachten oder vorgelegten Informationen oder Dokumente, beispielsweise zum steuerlichen Status des Kunden, zu prüfen. Dies gilt auch dann, wenn diese Informationen anhand einer öffentlichen Quelle oder mit irgendeiner anderen Methode überprüft werden können. Ebenso ist die Bank im Falle ausländischer Kunden oder Kunden mit Sitz (Steuerwohnsitz oder sonstiger Sitz) im Ausland nicht

verpflichtet, irgendwelche Prüfungen zu den ausländischen Bestimmungen vorzunehmen, die die der Bank übermittelten Informationen betreffen oder verändern könnten.

- 40.5 Es wird davon ausgegangen, dass alle Informationen, die der Kunde der Bank vorlegt, jederzeit korrekt, aktuell und wahr sind. Vor allem zum Schutz ihrer eigenen Haftung gegenüber den Behörden und insbesondere Steuerbehörden kann die Bank - muss es jedoch nicht -, ohne andernfalls gegenüber ihren Kunden zu haften, die Richtigkeit, Aktualität oder Wahrheit der ihr durch den Kunden vorgelegten Informationen und Dokumente prüfen und, sofern sie den Kunden darüber zuvor unterrichtet hat, auf der Grundlage von Informationen tätig werden, die sie selbst nach ihrem eigenen Urteil für richtig und aktuell hält. Im Falle diesbezüglich bestehender Uneinigkeiten zwischen der Bank und dem Kunden wird kein Konto eröffnet, oder aber die auf der Grundlage dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen eröffneten Konten und der auf dieser Grundlage geschlossene Vertrag werden gegebenenfalls für beide Parteien frist-, kosten- und entschädigungslos aufgelöst und aufgehoben.
- 40.6 Zur Realisierung und Ausführung von Geschäften muss die Bank möglicherweise auf einen Korrespondenten oder Unterverwahrer zurückgreifen. Außer im Falle groben Verschuldens der Bank bei der Auswahl oder Überwachung ihrer Korrespondenten oder Unterverwahrer haftet die Bank gegenüber dem Kunden nur dann und in dem Rahmen, wenn bzw. in dem dieser Korrespondent oder Unterverwahrer auch gegenüber der Bank haftet.
- 40.7 Wenn sich die Bank zur Ausführung eines bestimmten Geschäfts vorübergehend der zur Verwahrung entgegengenommenen Wertpapieren entledigen muss, gehen die Risiken zu Lasten des Kunden, und die Bank ergreift in diesem Falle ohne jedwede Haftungsübernahme nur die üblichen Vorsichtsmaßnahmen.

41. Vorrang der französischen Fassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

- 41.1 Außer im Fall anderslautender Vereinbarungen gilt bei Abweichungen zwischen der französischen Version und den anderen Fassungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder jedem anderen Dokument der Bank, das in eine andere Sprache übersetzt wurde, die französische Fassung vorrangig vor allen anderen Versionen.

42. Anzuwendendes Recht und Gerichtsstand

- 42.1 Vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen ist der Erfüllungsort der Verpflichtungen der Bank der Sitz der Bank.
- 42.2 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Bank und den Kunden unterliegen luxemburgischem Recht.
- 42.3 Im Falle eines Rechtsstreits zwischen der Bank und dem Kunden liegt der Gerichtsstand in Luxemburg, davon unberührt bleibt das Recht der Bank, den Rechtsstreit vor ein anderes üblicherweise in Bezug auf den Kunden zuständiges Gericht, einschließlich eines Gerichts in dem Lande, in dem der Kunde seine Guthaben hält, zu tragen.

42.4 Sofern der Kunde keine andere Zustellungsanschrift in Luxemburg besitzt oder wählt, wird davon ausgegangen, dass er den Geschäftssitz der Bank als Zustellungsanschrift bestimmt, an die alle an ihn gerichteten Zustellungen gerichtlicher Urkunden (einschließlich Ladungen) rechtsgültig ergehen können. In diesem Fall wird der Kunde von der Bank über alle gegebenenfalls gegen ihn erhobenen gerichtlichen Klagen durch ein die Klageschrift im Anhang wiedergebendes Einschreiben unterrichtet, das an die (gegebenenfalls aktualisierte) in dem Formular angegebene ausländische Adresse versendet wird. Der Kunde erkennt an und akzeptiert, dass etwaige Verzögerungen beim Erhalt dieses Einschreibens keine Auswirkungen auf die Gültigkeit der Klageerhebung haben, wie sie sich aus der an die tatsächliche oder in Luxemburg gewählte Zustellungsanschrift gesendeten Klageschrift ergibt.

43. Verschiedenes

43.1 Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen rechtswidrig, ungültig oder nicht einklagbar sein oder werden, bleibt die Rechtmäßigkeit, Gültigkeit und Anwendbarkeit der anderen Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen hiervor unberührt.

43.2 Unterlässt es die Bank, eines ihrer Rechte aus diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder einschlägigen Gesetzen auszuüben oder übt sie es verspätet aus, kann dadurch weder eine Haftung gegenüber dem Kunden begründet noch eine spätere oder andere Ausübung dieses Rechts beeinträchtigt oder verhindert werden oder dies als ein Verzicht auf dieses Recht ausgelegt werden.

43.3 Mit der Annahme dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen erklärt oder akzeptiert der Kunde wie folgt:

- Der Kunde hat die erforderliche Rechtsfähigkeit für den Abschluss dieses Vertrages und die eigene Verwaltung seines Portfolios, verfügt über ausreichende Erfahrungen in Anlagefragen und hält es nicht für erforderlich, eine Beratung in Anspruch zu nehmen oder sein Portfolio einem professionellen Verwalter anzuvertrauen.
- Der Kunde hat die auf der Website und im Anhang zum Formular vorhandene Informationsmitteilung zu den Risiken in Zusammenhang mit den Finanzinstrumenten zur Kenntnis genommen.
- Der Kunde trägt die Verantwortung und alle Risiken in Zusammenhang mit den von ihm an die Bank übermittelten Orders, wobei die Bank keinerlei Haftung für die Zweckmäßigkeit der Anlageentscheidungen der Kunden und die finanziellen Konsequenzen ihrer Orders übernimmt.
- Der Kunde erklärt sich damit einverstanden, dass jede Order ohne Einmischung oder Beratung durch die Bank so ausgeführt wird, wie er sie erteilt hat (auch in Bezug auf die Auswahl des Marktes, auf dem der Kunde die Ausführung wünscht usw.).
- Der Kunde hat ausreichende EDV- und Internetkenntnisse, um den Service nutzen zu können.
- Der Kunde verpflichtet sich, die Bank über jede Änderung seines finanziellen Profils und seiner Anlageziele entsprechend der Beschreibung im Formular zu unterrichten.
- Der Kunde verpflichtet sich, den Service nicht zur Verwaltung des Portfolios Dritter oder seiner eigenen Kunden usw. zu nutzen, ohne die Bank zuvor darüber zu unterrichten. Die Bank behält sich in diesem Zusammenhang das Recht vor, ohne den Kunden darüber zuvor unterrichten zu müssen, die Finanzaufsicht (Commission de Surveillance du Secteur Financier) zu informieren, wenn sie berechtigten Anlass zu der Vermutung hat, dass der Kunde gegenüber Dritten

Anlagedienstleistungen erbringt, ohne eine entsprechende Zulassung zu besitzen.

- Der Kunde verpflichtet sich, die auf der Website veröffentlichten Finanzinformationen in keiner Weise weiterzuverkaufen oder zu verbreiten.
- Der Service und die bei der Bank eröffneten Konten dürfen nicht zum Zwecke der Geldwäsche verwendet werden, und unbeschadet der durch die Bank diesbezüglich durchgeführten Kontrollen bestätigt der Kunde, dass er weder seine Konten noch den Service zu diesen Zwecken nutzt.
- Der Kunde bestätigt, dass seine Kontoguthaben weder jetzt noch in Zukunft aus kriminellen Quellen stammen.

43.4 Bestimmungen zu nicht professionellen Nutzern

Mit der Unterzeichnung der Erklärung für nicht professionelle Nutzer bestätigt der Kunde Folgendes:

- Der Kunde unterzeichnet im eigenen Namen und für eigene Rechnung und nicht im Namen oder für Rechnung einer Gesellschaft, eines Verbandes, einer Partnerschaft oder eines Trusts.
- Der Kunde verwendet die Finanzinformationen (nachstehend „Informationen“) nur für seine persönliche Anlagetätigkeit und nicht im Zusammenhang mit beruflichen oder kommerziellen Tätigkeiten.
- Der Kunde ist bei der „Securities and Exchange Commission“, der „Commodities Futures Trading Commission“, einer Wertpapieragentur, einer Börse oder einem Verband zur Notierung von Wertpapieren, einem geregelten Markt oder irgendeiner anderen vergleichbaren luxemburgischen oder ausländischen Organisation weder eingetragen oder zugelassen noch Eigentümer oder assoziiertes Mitglied einer der vorgenannten Stellen.
- Der Kunde handelt nicht in der Eigenschaft eines Angestellten einer Bank, einer Versicherungsgesellschaft oder eines ihrer Vermittler oder Vertreter, der Aufgaben in Zusammenhang mit irgendeiner Form des Wertpapierhandels wahrnimmt, und
- der Kunde erhält die Informationen ausschließlich unter der im Formular genannten Adresse und gibt sie nicht an andere Personen weiter.

Der Kunde bestätigt:

- gelesen und akzeptiert zu haben, dass er an das „Nasdaq Consolidated Subscriber Agreement“ gebunden ist, das er auf der Website einsehen kann,
- kein Nasdaq-Vertreter und nicht berechtigt zu sein, eine oder mehrere Klauseln des „Nasdaq Consolidated Subscriber Agreement“ hinzuzufügen, zu entfernen oder zu ändern,
- dass keine Klausel des „Nasdaq Consolidated Subscriber Agreement“ hinzugefügt, entfernt oder verändert wurde, und
- das NYSE und das AMEX Agreement, die auf der Website eingesehen werden können, gelesen und akzeptiert zu haben.



Keytrade Bank Luxembourg SA Aktiengesellschaft - Geschäftssitz
62, rue Charles Martel, L-2134 Luxembourg
RCS B69935
T + 352 45 04 39 F + 352 45 04 49
info@keytradebank.lu www.keytradebank.lu Skype keytradebank.lu